

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395 E

Frankfurt, Januar 1972

Einzelpreis 1,50 DM

XII. Jahrgang

Wie das Jahr 1971 mit dem Streik und der Aussperrung der Metallarbeiter und dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu Ende ging, begann das neue Jahr mit Tarifaufeinandersetzungen und Lohnvereinbarungen für mehr als 2 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, der Post, der Eisenbahn und der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen. Was dabei an neuen Tarifverträgen herauskam, war völlig unzulänglich, und so wird das angebrochene Jahr 1972 die Lohn- und Gehaltsempfänger vor die Notwendigkeit stellen, sich mit Entschiedenheit und dem Einsatz gewerkschaftlicher Mittel gegen ein weiteres Absinken ihres Realeinkommens zur Wehr zu setzen. Es geht in diesem Jahr aber nicht nur um Löhne und Gehälter, es geht nicht zuletzt um die Sicherung der Arbeitsplätze; denn gleichzeitig ist die Tendenz spürbar, daß die Unternehmer ihre Rationalisierungsvorhaben fortsetzen. Ihr Ziel ist höhere Produktion bei weniger Arbeitsplätzen und höherer Leistung je Arbeitskraft. Das bedeutet verstärkte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten.

Diese Tendenzen in der Wirtschaft der Bundesrepublik machen deutlich, worauf sich die Arbeiterschaft einstellen muß. Unter diesen Aspekten muß auch eines der wichtigsten gewerkschaftspolitischen Ereignisse vorbereitet werden: die Betriebsrätewahlen, die nach den Bestimmungen des umstrittenen Betriebsverfassungsgesetzes '72 durchzuführen sind. Was aus dem neuen Gesetz durch die Betriebsräte gemacht wird, das wird in den kommenden Jahren für die Verhältnisse in den Betrieben bestimmend sein. Nur ein Betriebsrat, der sich bei der Anwen-

dung nicht von Partnerschaftsillusionen leiten läßt, sondern von den Interessen der von ihm zu vertretenden Arbeiter und Angestellten, ist berufen, diese wichtige Funktion auszufüllen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich für das Jahr 1972 drei große gesellschaftspolitische Aufgaben gestellt: Gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft, Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Produktivvermögen und gleiche Bildungschancen für alle. Wollen die Gewerkschaften diese Aufgaben erfüllen, müssen sie sich noch einer weiteren zuwenden, und das ist die Sicherung des Friedens. Der Kampf für die Erhaltung des Friedens ist die Grundvoraussetzung für eine fortschrittliche soziale und gesellschaftliche Entwicklung. Nur ein dauerhafter Frieden und wirkungsvolle Abrüstungsmaßnahmen machen einen kontinuierlichen Fortschritt möglich. Es ist notwendig, daß sich die Gewerkschaften im neuen Jahr mit Energie für die Verabschiedung der Verträge von Moskau und Warschau einsetzen, daß sie sich stark machen für die Vorbereitung und Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz und die Regierung zum Handeln zwingen.

sr

Aus dem Inhalt:

Tatkraft für Entspannung Gewerkschaften an Friedenssicherung stark interessiert	2
Aktionsprogramm 1972 DGB-Kongreß soll neues Programm beschließen	3
OTV tätigt Mini-Abschluß	4
Zuspitzung in der Stahlindustrie	5
Der Kampf der Metallarbeiter Licht- und Schattenseiten einer Tariffbewegung	6
IG Druck fordert 10 Prozent	9
Bauarbeiter blieben zurück Tarife zum 30. April gekündigt	10
Lohnpolitik 1972 Reallohn nicht nur sichern, sondern steigern	11
Löhne und Preise Auch 1972 kein Nachlassen der Preiswelle	12
Tendenz steigend... Über Dividenden und Profite	12
Beratung mit Stahlarbeitern Stahlarbeiterkonferenz der DKP	13
BetrVG wird in Kraft gesetzt	14
Gesundheitsschutz mangelhaft Zum Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums	15
DGB-Thesen zur Vermögensbildung	16
Konzerne und Umweltschutz	17
„Gastarbeiter“ oder Kollege? Zur Lage der ausländischen Arbeiter in der BRD	18
Gewerkschaften in der DDR	19
Demokratie im Betrieb Tätigkeit der „Ständigen Produktionsberatung“ in der DDR	20
Generalratstagung des WGB	22
Buchbesprechungen Karriere für das Kapital Eigenprodukte	23

Bombenwerfer Tatkraft für Entspannung

Zur gleichen Zeit, da Präsident Nixon von Frieden und Verständigung, vom Abzug der Streitkräfte aus Indochina redete, gab er den Befehl, die Bombenangriffe auf Nordvietnam wieder aufzunehmen und den Bombenkrieg in ganz Indochina zu verstärken. Jetzt werden neuartige Großbomben eingesetzt, die mit ausgedehnter Flächenwirkung alles dort befindliche Leben auslöschen sollen. Dieser Bombenterror hat den ungeheuerlichen Zweck, die Bevölkerung auszurotten. Wie anders soll man diesen Wahnsinn Nixons bezeichnen, als ein faschistisches Kriegsverbrechen?!

In unserem Land wächst die Empörung über die Fortsetzung und Steigerung der hemmungslosen Terrorakte gegen die Völker in Indochina. Schon ist die Forderung nach sofortiger Beendigung des USA-Krieges gegen Vietnam fast allgemein. Die Bundesjugendkonferenz des DGB forderte einmütig „die Beendigung der USA-Aggression in Indochina“. Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall verlangte, „endlich mit den militärischen Interventionen in Südostasien... Schluß zu machen“. Am Silvesterabend 1971 demonstrierten in mehreren Großstädten unseres Landes viele, besonders junge Menschen, gegen die erneute Steigerung des Kriegsterrors der USA in Vietnam und forderten die sofortige Einstellung der Bombardements, aller Kriegshandlungen und den sofortigen Abzug sämtlicher USA-Truppen.

Bundeskanzler Brandt hat den Friedensnobelpreis erhalten. Bisher hat sich Brandt aber nicht den Forderungen aller fortschrittlichen Menschen in der BRD angeschlossen, daß die USA ihren abscheulichen Kriegsterror in Indochina einstellen sollen. Es ist längst an der Zeit, daß der Bundeskanzler, wie die ganze Bundesregierung endlich dem Bombenwerfer Nixon wenigstens in dieser Frage die Gefolgschaft verweigert. Die Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die USA in Höhe von 6,65 Milliarden DM würde der Regierung, deren Politik von einem Friedensnobelpreisträger bestimmt wird, gut anstehen, da diese Milliarden eine Unterstützung des USA-Krieges gegen die Völker Indochinas darstellen.

Erst recht in diesen Tagen der verstärkten Angriffe der USA-Luftpiraten gehört die ganze Solidarität der Arbeiter, Gewerkschafter, aller friedliebenden Bürger dem heldenhaften Volk Vietnams, das seit vielen Jahren beispiellose Opfer bringt im Kampf für die nationale und soziale Freiheit der Länder Indochinas. Die Bevölkerung auch in der Bundesrepublik braucht für gesicherten sozialen Fortschritt Frieden nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt. -jol-

Ratifizierung der Verträge nicht auf die „lange Bank“ schieben Gewerkschaften haben starkes Interesse an Friedenssicherung

Frieden und Zusammenarbeit sind die Hauptaufgaben unserer Zeit. Dieser Feststellung der „Welt der Arbeit“ (24. 12. 71) ist unbedingt zuzustimmen. Zum Jahresbeginn ist es nützlich zu bedenken, was von den Gewerkschaften, der ganzen Arbeiterschaft 1972 dazu beigetragen werden kann. Vor allem wird es wichtig sein, die 1970/71 vorbereiteten und beschlußreif gemachten Verträge, die das Verhältnis der Bundesrepublik zu den sozialistischen Staaten in Europa betreffen, zügig in Kraft zu setzen.

Noch zum Jahresende 1971 wurde, trotz vieler Störaktionen, das Viermächteabkommen über Westberlin durch konkrete Abmachungen über den Transitverkehr von Gütern und Personen zwischen der BRD und Westberlin sowie über die Besuchsregelung von Westberlinern in der Hauptstadt der DDR und dem übrigen Staatsgebiet der DDR ergänzt. Durch die regierungsamtliche Unterzeichnung der von Bahr/Kohl und Müller/Kohrt ausgearbeiteten Verträge ist das politische Vertragswerk zwischen UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich über Westberlin nunmehr fest verschnürt. Dieses Vertragswerk wird helfen, die Beziehungen zwischen der BRD, der DDR und der besonderen politischen Einheit Westberlin zu normalisieren. Davon haben die Bürger beider deutscher Staaten und Westberlins Nutzen. Es ist deshalb nur natürlich, daß der Abschluß der Verträge über Westberlin von der großen Mehrheit unserer Bevölkerung begrüßt wird.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in den Verhandlungen über Westberlin, trotz aller Querschüsse, der Beweis erbracht wurde, daß sich bei realistischen Ausgangspositionen zwischen der DDR und der BRD, auch bei gegensätzlichen Gesellschaftssystemen und trotz staatlicher Abgrenzung, selbst komplizierte Fragen regeln lassen. Es hat seine Bedeutung, daß die Verträge zwischen DDR, BRD und Westberlin direkter Bestandteil des Viermächteabkommens über Westberlin sind. Auf diese Weise haben sich die beiden deutschen Staaten gegenseitig auch juristisch im Sinne des Völkerrechts als selbständige und souveräne Staaten bestätigt.

Nun wäre also der Weg frei für die Ratifizierung der Verträge, die von der Sowjetunion und Polen sowie der Bundesrepublik bereits unterschrieben sind. Sie liegen dem Bundesrat zur Behandlung vor. So könnte der Eindruck entstehen, alles sei bestens bestellt. Das ist aber keineswegs der Fall. Nach wie vor läuft die äußerste Rechte, die CDU/CSU, die NPD, alle Revanchisten und Militaristen Sturm gegen die Verträge. Rainer Barzel stellt neue Bedingungen für den Fortgang einer Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD, SU und

DDR. Barzel fordert in einem „Stufenplan“ z. B. die Aufnahme einer Bestimmung in die Verträge, die faktisch eine Kapitulationsbereitschaft der DDR vor der BRD enthalten soll, denn nichts anderes bedeutet das von Barzel geforderte „Selbstbestimmungsrecht“, das immer als eine Forderung nach Anschluß der DDR an die BRD verstanden und ausgesprochen wurde.

Die Verträge müssen auch seitens der Bundesregierung, der SPD und FDP, in offener politischer Auseinandersetzung mit der CDU/CSU durchgesetzt werden. Es gilt die demokratische Öffentlichkeit für die schnelle Ratifizierung zu aktivieren. Die Gewerkschaften als die größten Organisationen der Arbeiter und Angestellten fordern seit langem die Ratifizierung der Verträge. Die Zustimmung für die Verträge ist breit und tief im Volk verwurzelt, da sich immer mehr Menschen davon überzeugen, daß mit diesen Verträgen der Frieden sicherer und die Last der Rüstungen vermindert werden kann.

Wenn in den nächsten Wochen und Monaten die gesamte fortschrittliche Öffentlichkeit Bundestag und Bundesregierung drängt, die Verträge von Moskau und Warschau schnell zu ratifizieren, damit diese in festem zeitlichem Zusammenhang mit der Westberlin-Regelung in Kraft treten können, so gilt es doch jetzt bereits die Aufmerksamkeit auf die nächsten notwendigen Schritte zur Entspannung zu richten. Am 20. Januar 1972 treffen die Staatssekretäre Kohl und Bahr wieder zusammen, um über ein Verkehrsabkommen zwischen BRD und der DDR zu verhandeln. Hier kommt es darauf an, aus den Provisionen herauszukommen und eine feste vertragliche Grundlage zu schaffen, die vielfältigen Fragen eines geregelten Personen- und Güterverkehrs zu lösen.

Neuerdings wird von der Bundesregierung und der CDU/CSU eine Art Generalvertrag zwischen der BRD und der DDR ins Gespräch gebracht, während die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz in die Ferne, in das Jahr 1973 geschoben werden. Ein solcher in die Länge gezogener Fahrplan

Aktionsprogramm 72

Der 9. ordentliche Bundeskongreß des DGB vom 25. Juni bis 1. Juli 1972 soll das bestehende Aktionsprogramm überarbeiten und aktualisieren. Wie aus Kreisen des DGB-Bundesvorstandes zu erfahren war, hat schon im vergangenen Jahr eine Kommission — zusammengesetzt aus Vertretern der Einzelgewerkschaften — ihre Tätigkeit aufgenommen, um auf der Grundlage des bestehenden Programms einen Entwurf zu erarbeiten. Mittler-

weile soll es mehrere Arbeitsentwürfe geben.

Obwohl wesentliche Forderungen des gültigen Aktionsprogramms — vor allem die Mitbestimmung — noch nicht erfüllt sind, entspricht eine Aktualisierung durchaus den Interessen der Arbeiter und Angestellten. Allerdings reicht es nicht aus, lediglich einige neue Forderungen in das bestehende Aktionsprogramm einzufügen.

Vielmehr scheint es notwendig, das Aktionsprogramm auf der Basis des DGB-Grundsatzprogramms generell zu überarbeiten und in die gewerkschaftliche Gesamtorientierung einzuordnen. Diese verfolgt bekanntlich das Ziel, eine „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten“ (Grundsatzprogramm) bzw. die „einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft zu beseitigen“ (DGB-Erklärung an die Bundesregierung vom 22. Oktober 1969). In dem überarbeiteten Aktionsprogramm sollte der Grundgedanke enthalten sein, daß ohne eine Zurückdrängung der Macht der Großkonzerne keine dauerhaften Verbesserungen möglich sind.

Bei einer Überarbeitung des Aktionsprogramms darf nicht übersehen werden, daß sich seit den Septemberstreiks 1969 die Klassenseinseitigkeiten verschärft und im Streik der IG Metall in Baden-Württemberg 1972 sowie in

der brutalen Aussperrung durch die Unternehmer einen vorläufigen Höhepunkt gefunden haben. Darum wäre es notwendig, neben konkreten Aktionszielen für den Kampf um Mitbestimmung auf allen Ebenen, auch ein detailliertes Programm zur Sicherung der Arbeitsplätze zu entwickeln.

Viele Gewerkschafter erwarten, daß in dem zu überarbeitenden Aktionsprogramm die Unabhängigkeit der Gewerkschaften deutlich zum Ausdruck kommt. Das Vorhandensein einer sozialdemokratischen Regierung dürfe nicht dazu führen, daß das Aktionsprogramm der auf Systemstabilisierung ausgerichteten Regierungspolitik untergeordnet wird.

Bei Gesprächen mit Gewerkschaftern über ein verbessertes Aktionsprogramm kam die Forderung zum Ausdruck, daß der Entwurf schnellstens veröffentlicht und der Mitgliedschaft zur Diskussion vorgelegt wird. Eine breite innergewerkschaftliche Diskussion bietet die Gewähr, daß nicht nur die Forderungen und Wünsche der Arbeiter und Angestellten im Aktionsprogramm enthalten sind, sondern auch eine Mobilisierung erreicht wird, die Voraussetzung ist, um durch Aktionen das Programm zu verwirklichen.

NACHRICHTEN sind jederzeit bereit, Diskussionsbeiträge zum Aktionsprogramm zu veröffentlichen.

9. ordentlicher DGB-Kongreß einberufen

Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund Anfang Januar mitteilte, hat der Bundesvorstand des DGB in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1971 die Einberufung des 9. ordentlichen Bundeskongresses beschlossen. Dazu wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der 9. ordentliche Bundeskongreß des DGB findet in der Zeit vom 25. 6. bis 1. 7. 1972 in Berlin, Messegelände, Halle 1, statt. Als Tagesordnung wurde vorgeschlagen:

1. Eröffnung,
2. Konstituierung,
3. Geschäftsbericht des Bundesvorstandes,
4. Wahlen,
5. Referat des Vorsitzenden,
6. Beratung der Anträge.

Entsprechend dem Beschluß des Bundesausschusses wird der Schlußtermin für die Einreichung der Anträge und Meldung der Delegierten auf den 24. 3. 1972 festgelegt.“

Antragsberechtigt sind die Vorstände der 16 Gewerkschaften des DGB, der Bundesvorstand, die acht Landesbezirksvorstände und die Personengruppenausschüsse des DGB für Arbeiter, Angestellte, Beamten, Frauen und Jugend.

verschleppt nicht nur die Lösung wichtiger Fragen, die längst zur Lösung reif sind, sondern gibt auch den Rechtskräften um Barzel, Stoltenberg und Strauß langfristige Möglichkeiten, den Gesamtprozeß einer Entspannung mit dem Ziel zu stören, alle bereits abgeschlossenen Verträge zu verhindern und den Sturz der von der SPD geführten Bundesregierung zu betreiben.

Darum liegt es im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschafter, der Sozialdemokraten und Kommunisten, aller friedliebender Bürger, daß Zug um Zug die Verträge ratifiziert werden, das Schlußprotokoll über Westberlin unterzeichnet und das geplante Verkehrsabkommen abgeschlossen wird, die DDR und die BRD 1972 in die UNO aufgenommen werden und die Konferenz über europäische Sicherheit in diesem Jahr stattfindet. Dieses alles zusammen verändert die Lage, schafft ein Klima für eine Normalisierung der Gesamtbeziehungen der BRD zur DDR.

Auch der französische Außenminister Schumann unterstrich die Auffassung, daß die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO eine der „wesentlichen“ Voraussetzungen zur Normalisierung der Beziehungen der BRD zur DDR sei. Schumann redet in einem „Welt“-Interview am 4. Januar einem erfrischenden Realismus das Wort. So warnte er davor, etwa zu fordern, noch vor der europäischen Sicherheitskonferenz eine Truppenverminderung durchsetzen zu wollen.

Diese Stellungnahme des französischen Außenministers unterscheidet sich wohltuend von einem Artikel in der „Welt der Arbeit“ vom 31. Dezember, wo Fritz Rüstow die Sowjetunion verdächtigte, sie könne die Absicht haben, die angestrebte Konferenz zu einem großen „Sicherheitspalaver“ zu machen. Mehr Realismus und Sachlichkeit in der Zeitung des DGB in solchen lebenswichtigen Fragen könnte das Ansehen der Gewerkschaften nur erhöhen.

Josef Ledwohn

Freunde unter sich

Mit viel Beifall hat die Bundesregierung die Einigung auf die neuen Wechselkurse begrüßt. Auch die Deutsche Bundesbank stimmte in den Freudenliedern ein, obwohl sie weiß — und es verschweigt —, daß die Vereinbarungen von Washington für sie und für die Volkswirtschaft ein riesiges Verlustgeschäft sind. Die Währungsreserven der Bundesbank bestehen zu mehr als 60 Prozent aus US-Dollar und die müssen nun abgewertet werden.

Die Rechnung sieht so aus: Bis Ende August 1971 hatte die Bundesbank 39,2 Milliarden Dollar gehortet, die jetzt rund 14 Prozent an Wert verlieren. Das ist ein Verlust für die Bundesbank von 5,5 Milliarden DM, während die USA-Schulden in der Bundesrepublik um die gleiche Summe geringer werden.

Diese 5,5 Milliarden DM sind also der bundesdeutsche Beitrag zum schmutzigen Krieg der USA in Vietnam.

okolus

ÖTV tätigt Mini-Abschluß

Tariffbewegung im öffentlichen Dienst am grünen Tisch Nur 5,8 Prozent ein ungerechtfertigtes Ergebnis

Über den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst stand auf gewerkschaftlicher Seite offenbar das Motto: „Wenn schon Unternehmer und Staat in ihrer Profit- und Einnahmehagd rücksichtslos und ‚unvernünftig‘ sind, dann sollten wenigstens die Gewerkschafter ‚vernünftig‘ sein und auf das verzichten, was ihnen zusteht.“ So kam es zu dem Mini-Abschluß für die Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden, Bundesbahn und Bundespost. Und die Bemühungen gehen dahin, auch den 1,3 Millionen Beamten — ebenso wie den 1,7 Millionen Arbeitern und Angestellten — den berechtigten Anteil vorzuenthalten sowie ihre Realeinkommen zu senken. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, insbesondere die mitgliederstarke ÖTV, sind ihrer Verantwortung in dieser Tariffbewegung nicht gerecht geworden.

Die Ausgangsforderungen lauteten: Zahlung eines Sockelbetrages von 50 DM für alle und lineare Lohn- und Gehaltserhöhungen um 5 Prozent; ferner Verbesserung der Sparförderung (bislang 156 DM) jährlich im Rahmen des 624-Mark-Gesetzes sowie Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden. Das am 9. Januar in Stuttgart vereinbarte Ergebnis bleibt dahinter weit zurück und hat folgenden Inhalt:

■ Zahlung eines einheitlichen Sockelbetrages von 30 DM;

■ Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4 Prozent;

■ Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden ab 1. Oktober 1974;

■ die Vereinbarungen treten am 1. Januar 1972 in Kraft, die Laufzeit des Lohn- und Gehaltstarifs beträgt zwölf Monate.

Betrug die Ausgangsforderung im Durchschnitt gut 8 Prozent, was schon dürftig genug war, so macht das Verhandlungsergebnis nur 5,8 Prozent aus, wobei die niedrigen Löhne und Gehälter mehr und die höheren weniger angehoben werden. In jedem Falle führt dieser Tariffabschluß bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, bei Bahn und Post zu einer empfindlichen Schmälerung ihrer Realeinkommen. Das ist ein Ergebnis so recht nach den Vorstellungen des Leitlinien-Verkünders Prof. Schiller.

Dementsprechend wertete das Wirtschafts- und Finanzministerium den Tariffabschluß als „voll vereinbar mit den Zielvorstellungen der Bundesregierung“ für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1972. Innenminister Genscher als Verhandlungsführer der Unternehmerseite sprach von einem „stabilitätspolitischen Signal für die Lohn- und Einkommensentwicklung im Jahre 1972“. Die anderen Wirtschaftsbereiche sollten sich „diesem Ruf nicht verschließen“. Das 5,8-Prozent-Ergebnis im öffentlichen Dienst soll also

nach Vorstellungen der Regierungsvertreter — und dabei haben sie den Beifall der Unternehmer — mit dem Prädikat „besonders empfehlenswert“ versehen und zum Musterbeispiel für die Tariffbewegung dieses Jahres hochgelobt werden.

Diesem Konzept zur Reallohnsenkung müssen die Gewerkschaften — und in diesen Wochen gilt das bereits für HBV, Druck und Papier sowie Bau-Steine-Erden — den entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Für die gewerkschaftliche Tarifpolitik kann es, entsprechend zahlreicher Kongreßbeschlüsse und dem Aktionsprogramm sowie der Zielprojektion des DGB, nur eine „Leitlinie“ geben: Erhöhung der Löhne und Gehälter und der Beamtenbezüge in einer Größenordnung, die die Preissteigerungen weitmacht, den wirtschaftlichen Produktivitätszuwachs einschließt und auf die Erhöhung des Anteils der abhängigen Beschäftigten am Volkseinkommen zu Lasten des Unternehmeranteils abzielt.

Mit dem 5,8-Prozent-Abschluß sind die Gewerkschaften ÖTV, DPG, GdED und DAG dieser Aufgabenstellung nicht gerecht geworden; sie haben die kommenden Tariffbewegungen in unsolidarischer Weise belastet. „Die Konjunktur-Stabilisierung über die Gewerkschaften geht weiter“, schrieb am 10. Januar die „Frankfurter Rundschau“ in einer Wertung des Verhandlungsergebnisses. Die an der Tariffbewegung beteiligten Gewerkschaftsvorsitzenden, namentlich auch ÖTV-Chef Heinz Klunker, hatten vor und während der Verhandlungen jedoch übereinstimmend erklärt, die Tarifpolitik sei kein Instrument der Konjunkturpolitik und kein Mittel zur Behebung der Bonner Etatsorgen.

Genschers Hauptargument in den Tariffgesprächen war — wie immer — der Hinweis auf die angeblich leeren Kassen der öffentlichen Hände. Das ist angesichts eines Bundesetats von über 106 Milliarden DM einfach dummes Gerede. Die Mittel sind da; die Frage ist nur, ob sie auch richtig verteilt werden. Das muß angesichts

der für dieses Jahr überproportional um 15 Prozent heraufgesetzten Rüstungsausgaben — man kann das nicht oft genug betonen — energisch bestritten werden.

Und noch etwas wird von vielen Mitgliedern, vor allem der Gewerkschaft ÖTV, an dieser Tarifrunde kritisiert: daß sie zur Durchsetzung der gestellten Forderungen nicht herangezogen wurden. Der ungenügende 5,8-Prozent-Abschluß ist das Ergebnis von Verhandlungen ausschließlich am grünen Tisch. Offenbar haben einige Vorstandsmitglieder von Gewerkschaften die politischen Interessen ihrer Parteifreunde in der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung im Vergleich zu den materiellen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder etwas zu hoch bewertet.

Unter dem Eindruck des Metallarbeiter-Streiks in Baden-Württemberg sagte ÖTV-Vorsitzender Klunker vor Beginn der Tariffgespräche am 10. Dezember in Bonn: „Wenn es not tut, dann schrecken auch wir nicht vor einem Streik zurück.“ Und weiter: „Die ÖTV hofft, daß der dümmliche Stil der Metallindustrie, erst gar kein Angebot zu machen, nicht auch vom öffentlichen Arbeitgeber praktiziert wird.“ Genau diesen „dümmlichen Stil“ praktizierte Genscher zwei Tage später in der ersten Zusammenkunft mit dem Hinweis auf die „schwierige Finanzlage“ des Bundes.

Tat es nicht not, im öffentlichen Dienst auf härtere Gangart zu schalten? Die Metallarbeiter führten ihren Streik noch weiter, als das Unternehmerangebot sich bereits über 6 Prozent bewegte. Und die Arbeiter und Angestellten bei Texaco traten für fast drei Wochen in den Streik, nachdem sie schon 8 Prozent sicher in der Tasche hatten, um weitere 3 Prozent — und mit Erfolg — durchzusetzen. Wie notwendig die Einbeziehung der Mitglieder und die Verschärfung der Haltung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst gewesen wäre, kann jeder an dem vorliegenden Mini-Resultat ablesen.

Am 17. Januar werden zwischen dem DGB und dem Innenminister die Besoldungsverhandlungen für die 1,3 Millionen Beamten bei Bund, Ländern und Gemeinden fortgesetzt. Der DGB hatte ebenso wie die Gewerkschaften für die Arbeiter und Angestellten 50 DM Sockelbetrag plus 5 Prozent gefordert. Offenbar will die Bundesregierung auch die Beamten mit 30 DM plus 4 Prozent abspesen. Hier sollten vom DGB sofort die Lehren aus der Tarifverhandlung für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes gezogen und die Beamten mit allen zulässigen Kampfmaßnahmen für die volle Durchsetzung ihrer bescheidenen Forderung aktiviert werden. Aktive Tarifpolitik darf kein leerer Begriff bleiben, sie muß jetzt und in den kommenden Wochen und Monaten in allen Wirtschaftsbereichen praktiziert werden.

Gerd Sieberl

Zuspitzung in der Stahlindustrie

Gewerkschafter zur Urabstimmung aufgerufen Schon seit 1. Oktober tarifloser Zustand

Am 19. Januar wird entsprechend einem Beschluß des Vorstandes der IG Metall von den Gewerkschaftsmitgliedern der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und der Klöckner-Hütte in Bremen die Urabstimmung über Kampfmaßnahmen, einschließlich des Streiks, zur Durchsetzung der Lohn- und Gehaltsforderungen durchgeführt. Die Verhandlungen waren am 8. Januar nach zweitägiger Dauer ergebnislos abgebrochen und am 10. Januar von der IG Metall für gescheitert erklärt worden. Wenn die Stahlunternehmen nicht doch noch einlenken sollten, steht ein Streik der Stahlindustrie bevor.

Erste Warnstreiks von mehreren tausend Stahlarbeitern gab es bereits am 10. Januar u. a. in Duisburg und Dortmund. Als Antwort auf den ergebnislosen Verlauf der Tarifverhandlungen legten rund 8000 Hoesch-Arbeiter in Dortmund für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Proteststreiks gab es auch bei den Mannesmann-Röhrenwerken, den Mannesmann-Hüttenwerken und der Rhein Stahl-Gießerei in Duisburg.

Für die Beschäftigten der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, insgesamt rund 230 000, hatte die IG Metall Lohn- und Gehaltserhöhungen um 10 Prozent gefordert. Für die 5600 Arbeiter und Angestellten der Klöckner-Hütte in Bremen standen 11 Prozent zur Verhandlung. Die Tarifverträge waren bereits am 30. September 1971 abgelaufen, so daß seit nahezu vier Monaten tarifloser Zustand besteht.

Nachdem die Stahlbosse zunächst kein Angebot gemacht und eine Lohnpause von sechs Monaten durch Verlängerung der Tarifverträge verlangt hatten, stand in den letzten Verhandlungen ein Angebot von 6 Prozent zur Debatte. Allerdings sollte die Erhöhung erst ab 1. Januar 1972 wirksam werden und für zwölf Monate gelten. Umgerechnet auf 15 Monate seit dem 1. Oktober hätte eine solche „Aufbesserung“ nur 4,8 Prozent bedeutet und damit rigorose Reallohn-senkung. Auch die angebotene kosten-neutrale Eckloohnerhöhung um 17 Pfennig hätte nichts daran geändert.

Merkwürdig ist allerdings das Verhalten der Verhandlungskommission der IG Metall. Sie lehnte zwar die Forderung der Unternehmer ab, jedoch hauptsächlich wegen der zu langen Laufzeit. Nach Presseberichten wäre Bezirksleiter Paul Manowski zum Abschluß zu diesen Bedingungen bereit gewesen, wenn der neue Vertrag nur bis zum 30. September 1972 gelten würde. Schon seit Beendigung der Tarifbewegung in der Metallverarbeitung im Dezember strebte Manowski in Übereinstimmung mit dem Vorstand der IG Metall eine Vereinbarung nach dem „Stuttgarter Modell“ an (knapp 7 Prozent für 15 Monate). Nachdem während der letzten Wochen von der Verhandlungskommission die

10-Prozent-Forderung aus den Augen verloren worden war, ist es nur folgerichtig, daß die Stahlbosse versuchten, die Vertreter der Gewerkschaft weiter zu drücken.

In der Urabstimmung kann es jetzt nur noch um die ursprüngliche Forderung gehen: 10 Prozent in NRW und 11 Prozent bei Klöckner-Bremen. Wochenlang haben die kampfbereiten Stahlarbeiter „Gewehr bei Fuß“ auf das Resultat in der Metallverarbeitung gewartet. Die Stimmung über die Haltung der Unternehmer und das Zögern des Vorstandes der IG Metall wurde zunehmend gereizt. Die Stahlarbeiter drängten auf Aktionen. Ohne betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen wird es kein befriedigendes Ergebnis geben. K. K.

HBV kündigt Gehaltstarife im Bankgewerbe

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat am 20. Dezember 1971 die Kündigung der Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten des Bankgewerbes zum 29. Februar beschlossen. Die Höhe der Gehaltsforderungen für die rund 270 000 Beschäftigten soll in Kürze festgelegt werden.

Neben Lohn- und Gehaltsforderungen will die Gewerkschaft die tarifliche Absicherung eines Teils der sogenannten freiwilligen Sonderzahlungen durchsetzen, die im privaten Bankgewerbe 1 3/4 Monatsgehälter ausmachen. Zunächst soll ein ganzes Monatsgehalt als Weihnachtsgeld gezahlt und tariflich abgesichert werden. Außerdem fordert die HBV-Gewerkschaft die Ausschöpfung der Möglichkeiten nach dem sogenannten Vermögensbildungsgesetz durch Erhöhung der Beiträge zur Sparförderung von 26 auf 52 DM monatlich.

Schließlich ist eine umfassende Reform der Tarifverträge vorgesehen. An Stelle der bisherigen Tarife, die

nur jeweils zwei Gruppen getrennt für Arbeiter, Bankangestellte und Bankkaufleute vorsehen und der Wirklichkeit nicht mehr entsprechen, soll nach den HBV-Vorschlägen eine für alle Beschäftigten einheitliche Tarifeinteilung mit zehn Gruppen vereinbart werden.

Allerdings gibt es für die Gewerkschaft einige Schwierigkeiten, die zweifellos auf den niedrigen Organisationsgrad von HBV-Gewerkschaften bei den Banken zurückzuführen sind: Tarifverträge bestehen zur Zeit nur mit der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft und dem Beamtenheimstättenwerk. Die privaten Banken haben im vorigen Jahr die HBV-Forderung nach einem Sockelbetrag von 50 DM und 9 Prozent Gehaltserhöhung abgelehnt und von sich aus eine Erhöhung von 7,9 Prozent in Kraft gesetzt. Da die HBV-Gewerkschaft dieses Vorgehen nicht anerkannte, bestehen keine Tarifverträge und auch keine Friedenspflicht. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen sind also jederzeit möglich. Kilian

Lohnpolitische Aktivität der GGLF

Im Anschluß an die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst führte die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) am 13. Januar — nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe — Lohnverhandlungen für die 35 000 Waldarbeiter der Länder und des Bundes. In Übereinstimmung mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat die GGLF einen Sockelbetrag von 50 DM und eine 5-prozentige Lohnerhöhung gefordert, ferner den Ausbau der Sparförderung und die Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Wochenstunden.

In Würzburg fanden am 18. Januar Lohnverhandlungen für die rund 130 000 Landarbeiter in der Bundesrepublik statt. Gleichzeitig wurde auch die Frage des Abschlusses eines neuen Manteltarifvertrages erörtert. Insbesondere geht es dabei den Landarbeitern um die Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 42 Wochenstunden. Die Gewerkschaft möchte dafür einen Stufenplan aushandeln.

Die Höhe der Lohnforderung wurde noch nicht festgelegt. Wie der Gewerkschaftsvorsitzende Pfeiffer in diesem Zusammenhang erklärte, müsse bei den Lohnverhandlungen davon ausgegangen werden, daß der Abstand zwischen dem Lohn eines Landarbeiters und dem eines vergleichbaren Arbeiters in der übrigen Wirtschaft zur Zeit 30 Prozent beträgt. „Unser Ziel ist es, diesen Abstand zu verringern“, sagte Pfeiffer.

Der Kampf der Metallarbeiter

Licht- und Schattenseiten einer Tarifbewegung Streik in Baden-Württemberg und seine Bedeutung

Mit der Annahme des neuen Tarifvertrages durch rund 70 Prozent der Streikenden in Nordwürttemberg-Nordbaden wurde der längste Lohnkampf in der Metallindustrie seit 1945 beendet. (In Schleswig-Holstein wurde 1956/57 für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 16 Wochen gekämpft.) Der Streik dauerte länger als drei Wochen, vom 22. November bis 14. Dezember 1971. Er vermittelte eine Reihe grundsätzlicher Erfahrungen und Lehren, die für alle Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik von Interesse sind.

Das Wichtigste ist, daß die bedeutenden Veränderungen, die sich in der Arbeiterklasse in den letzten Jahren vollzogen haben, auch hier wieder sichtbar wurden. Die Arbeiterklasse ist selbstbewußter und kämpferischer geworden. Was sich in den Septemberstreiks des Jahres 1969 ankündigte, sich in den vielfältigen Streikaktionen 1970 und im Chemiearbeiterstreik im Sommer 1971 fortsetzte, fand mit dem Metallarbeiterstreik einen neuen Höhepunkt.

Fast 90 Prozent aller abstimmungsberechtigten Arbeiter und Angestellten sprachen sich in der Urabstimmung für den Streik aus. Diszipliniert hielten sie die Streikfront aufrecht und boten den Unternehmern keine Möglichkeit, sie auseinanderzudividieren. Dabei gab es nicht wenige, die vor der Urabstimmung der Meinung waren, daß angesichts der rückläufigen Konjunktur und der zunehmenden Krisenerscheinungen, verbunden mit wachsender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, und nicht zuletzt kurz vor Weihnachten die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie nicht kampfbereit wären.

Verhärtetes Klima

Dieser Streik aber offenbart zugleich, daß sich in der Bundesrepublik das lohnpolitische Klima verhärtet, daß sich der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit verschärft hat. Was sich schon im Chemiearbeiterstreik andeutete, wurde nun klar sichtbar: Die Unternehmerverbände verfolgen eine Strategie, die darauf gerichtet ist, die Gewerkschaften zu zwingen, sich auf Lohnerhöhungen einzulassen, die noch unterhalb der von der Bundesregierung verkündeten Leitlinie von 7,5 Prozent liegen.

Unterstützt von Bundesregierung, Bundesbank und Sachverständigenrat, versuchten die Unternehmerverbände, die CDU/CSU und die von ihnen beherrschten und beeinflussten Massenmedien der Bevölkerung einzuhämmern, daß die Lohnerhöhungen 1971 weit unter denen des Jahres 1970 liegen müßten. Selbst die Tribüne des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages

der IG Metall wurde von Bundeskanzler Brandt dazu mißbraucht, die Delegierten aufzufordern, sich in der Lohnpolitik auf eine Gangart einzustellen, „die der veränderten Landschaft angemessen“ sei. Gleichzeitig verlor Brandt kein Wort darüber, daß die veränderte Landschaft vor allem dadurch charakterisiert ist, daß die Preise noch weitaus schneller stiegen, als im Jahr zuvor.

IGM-Vorstand wich zurück

Der Vorstand der IG Metall wich vor diesem konzentrierten Druck zurück. Schon am 7. Mai 1971 erklärte Otto Brenner in einem Gespräch mit der „Wirtschaftswoche“, daß er 1971 eine Wiederholung der Lohnerhöhungen von 1970 für unwahrscheinlich halte. Auf dem Gewerkschaftstag meinte er im Gegensatz zur DGB-Zielprojektion, daß von einem Lohnrückstand — wie 1970 — nicht mehr gesprochen werden könne.

So nimmt es nicht Wunder, daß der Vorstand die in zahlreichen Vertrauenskörpern und Vertreterversammlungen erhobenen Lohnforderungen zwischen 13 und 16 Prozent nach unten korrigierte und nur Lohnforderungen genehmigte, die zwischen 9 und 11 Prozent lagen. Auf dem Gewerkschaftstag wurde nicht nur die zu niedrige Höhe der Lohnforderungen kritisiert, sondern vor allem auch, daß führende Funktionäre der IG Metall zwar in eine Tarifbewegung gingen, aber den Unternehmern zuvor sagten, daß sie kürzer zu treten gedanken.

Als die Tarifverträge am 30. September in den meisten Tarifgebieten ausgelaufen waren, ergab sich die Situation, daß die Unternehmer den Kampf wollten und die IG Metall noch glaubte, ihm ausweichen zu können. Dabei versuchten die Unternehmer, durch eine hinhaltende Taktik und ein Hinausschieben der Entscheidung die gewerkschaftliche Position zu schwächen. Sie spekulierten auf das stärkere Wirksamwerden der Krisenerscheinungen und das Näherrücken der Weihnachtzeit.

Die IG Metall hätte diese Unternehmertaktik mit dem Willen durchkreuzen können, zumindest in dem für sie wichtigsten Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden so schnell wie möglich volle Handlungsfreiheit zu bekommen. Dann hätte die Gewerkschaft schon Ende Oktober die Hände zum Kampf freigehabt. Aber die IG Metall konnte sich zu einer solchen offensiven Strategie nicht durchringen, ließ Wochen bis zum ersten Tarifgespräch verstreichen, und der Streik begann erst am 22. November, also fast zwei Monate nach dem Auslaufen der Tarifverträge.

Die Initiative behalten

Dabei gab es in der IG Metall richtige Erkenntnisse, denn in den „Streiknachrichten“ vom 23. November hieß es: „Wir sollten uns jedoch stets vor Augen halten: derjenige ist im Kampf der Stärkere, der das Heft in der Hand behält und unsere Stärke in diesem uns aufgezwungenen Kampf ist, daß wir — die IG Metall und damit die Arbeitnehmer der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden — seine Strategie und Taktik bestimmen.“

„Voller Erfolg bedingt demnach agieren und nicht nur reagieren, dem Gegner, der der Gewerkschaft provokatorisch den Streik aufgezwungen hatte, das Gesetz des Handelns zu diktieren.“

Wie war die Haltung des Vorstandes der IG Metall? Vier Tage vor Streikbeginn schrieb der Vorsitzende Otto Brenner an den Vorsitzenden von Gesamtmetall, van Hüllen einen Brief, in dem er darauf verwies, daß auch nach Beginn eines Arbeitskampfes aufgrund der Schlichtungsvereinbarungen noch die Möglichkeit einer besonderen Schlichtung bestehe.

Von 11 Prozent abgewichen

Der Streik für die bei der Urabstimmung bestätigte 11-Prozent-Forderung begann am 22. November. Sollte er erfolgreich sein, mußte er mit allen Konsequenzen durchgefochten werden, denn Lohnfragen sind, und das ist auch in der IG Metall unbestritten, Machtfragen. Durch den Streik mußten die Unternehmer gezwungen werden, auf die IG Metall zuzukommen und von sich aus Angebote zu unterbreiten.

Aber der Streik war erst wenige Stunden alt, das Kräftemessen hatte gerade erst begonnen, da forderte der Vorstand der IG Metall die Metallunternehmer auf, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, und zwar nicht auf der Grundlage der 11-Prozent-Forderung, sondern auf der Basis des von den Unternehmern abgelehnten Einigungsvorschlags der Schlichtsstelle. Zugleich bot der Vorstand die Ein-

leitung eines besonderen Schlichtungsverfahren an.

Die Unternehmer bedankten sich für dieses „Entgegenkommen“ auf ihre Weise. Sie beschlossen zum 26. November, alle bisher nicht am Streik beteiligten Arbeiter aus den Betrieben auszusperrten. In anderen Tarifbezirken gingen die Unternehmer dazu über, angeblich wegen des Ausbleibens von Zulieferungen, die Betriebe zu schließen, d. h. die Arbeiter und Angestellten faktisch auszusperrten. Der der CSU angehörende Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, verweigerte in einem Erlaß die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Dieser Erlaß wurde erst durch den Verwaltungsrat wieder aufgehoben.

Passende Antwort blieb aus

Es fiel auf, wie zurückhaltend der Vorstand der IG Metall auf diese Ungeheuerlichkeit Stingls reagierte und daß es auch bei der Aussperrung nur bei einem verbalen Protest blieb. Otto Brenner schrieb zwar an Gesamtmetall, daß die Unternehmer sich alle Folgen einer solchen Verschärfung des Arbeitskampfes selbst zuzuschreiben hätten und in den „Streiknachrichten“ vom 25. November hieß es: „Nun ist es Zeit, den Unternehmern die verdiente Antwort auf ihre unerhörte Herausforderung zu geben, euch aus den Betrieben auszusperrnen, die ihr aufgebaut habt.“

Wie hätte die Antwort aussehen können, die von den Unternehmern verstanden worden wäre? Sicherlich wäre es von Bedeutung gewesen, in allen Zentren der Metallindustrie Großkundgebungen mit Demonstrationen durchzuführen. Vor allem Warnstreiks hätten ihre Wirkung nicht verfehlt. Notwendig wäre es gewesen, dort, wo die Möglichkeit bestand, Urabstimmungen durchzuführen oder aber die Verhandlungen sofort scheitern zu lassen, so vor allem in Nordrhein-Westfalen. Erst in der Endphase des Streiks fand in Stuttgart eine machtvolle Kundgebung statt. Solidaritätsstreiks gab es nur wenige.

Resultat: Knapp 7 Prozent

Am 10. Dezember 1971 wurde dann in einem Tarifvertrag für Nordwürttemberg-Nordbaden vereinbart, für die Monate Oktober, November und Dezember für alle Arbeiter und Angestellten eine einmalige Zuwendung in Höhe von insgesamt 180 DM zu zahlen. Ab 1. Januar 1972 wurde die Tariftlöhne und -gehälter um 7,5 Prozent erhöht. Desweiteren wurde festgelegt, je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit einen Teil eines 13. Monatseinkommens zu vereinbaren, der 1972 zwischen 10 und 30 Prozent

und ab 1. Januar 1974 zwischen 10 und 40 Prozent beträgt.

Bei der Urabstimmung wurde dieses Abkommen von rund 70 Prozent der Streikenden gebilligt. Immerhin lehnten rund 30 Prozent das Abkommen als unzureichend ab. Das materielle Ergebnis des Streiks ist völlig unzureichend und entspricht nicht im entferntesten der im Streik zum Ausdruck gebrachten Kampfbereitschaft. Mit diesem Ergebnis wurde noch nicht einmal der materielle Besitzstand des Jahres 1971 gesichert. Es ist zwar ein bescheidener Erfolg, wenn bisher nicht abgesicherte Leistungen nun tariflich gesichert werden, wie dies bei dem Bruchteil eines 13. Monatseinkommens der Fall ist, aber den Unternehmern kostet dies in der Regel nichts.

Der Lohnabschluß liegt mit 7,5 Prozent für 15 Monate — auf das Jahr umgerechnet — bei 6 Prozent. Unter Hinzurechnung der 180 DM netto bringt der Tarifabschluß ein Ergebnis von unter 7 Prozent. Damit liegt es weitaus näher am Ausgangsangebot

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

der Unternehmer von 4,5 Prozent, als an der 11-Prozent-Forderung der Gewerkschaft. Dazu kommt noch: Bei Berücksichtigung der Lohnsteuerprogression und der Erhöhung der Sozialbeiträge sowie des starken Preisauftriebs im vergangenen Jahr bedeuten rund 7 Prozent Tariftloohnerhöhung eine Senkung des Reallohnes.

Es ist aus diesem Grunde unerklärlich, wie der IG-Metall-Vorstand bei der Einschätzung des Abschlusses zu dem Ergebnis kommen kann, daß die Politik der Unternehmer auf der ganzen Linie gescheitert sei. Selbstverständlich wären die Unternehmer ohne den Kampf der Metallarbeiter nicht bereit gewesen, überhaupt etwas zu zahlen, und sie konnten ihre Vorstellungen auch nicht diktieren.

Zentral durch die Hintertür

Der Vorstand der IG Metall hebt bei seiner Einschätzung auch hervor, daß die Unternehmer zentrale Verhandlungen nicht erzwingen konnten. Das ist formell richtig, trifft aber nicht den Kern der Dinge, denn die Empfehlung des Vorstandes der IG Metall und von Gesamtmetall an die anderen Tarifgebiete, das Stuttgarter Ergebnis

zu übernehmen, hat objektiv dieselbe Wirkung wie zentrale Verhandlungen. Das „Handelsblatt“ vom 16. Dezember hebt daher befriedigt hervor, daß mit der gemeinsamen Empfehlung „ein Schritt in Richtung auf zentrale Verhandlungen gemacht worden ist“.

Die positiven Ergebnisse des Streiks liegen weniger in seinem materiellen Resultat, als in der Tatsache, daß sich die streikenden Metaller nicht in die Knie zwingen ließen und in einer Reihe von Erkenntnissen über den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft, die in den „Streiknachrichten“ und auf Versammlungen ausgesprochen wurden und die sich auch in den Transparenten vor den Betrieben und auf der Stuttgarter Kundgebung widerspiegeln. Wenn diese Erkenntnisse zum Allgemeingut der Arbeiterklasse werden, dann können sie dazu beitragen, nicht nur bessere Ergebnisse in Lohnkämpfen zu erzielen, sondern den Kapitalismus an seiner Wurzel zu treffen. Sicherlich wird es darüber hinaus noch notwendig sein, über die Rolle nachzudenken, die die Bundesregierung in dieser Auseinandersetzung gespielt hat.

Bewußtsein im Kampf gewachsen

In den „Streiknachrichten“ vom 26. November hieß es: „Das also ist das ‚freie‘ Unternehmertum. Und so sieht ihre freie und soziale Marktwirtschaft aus. Ihre einzige Freiheit besteht wohl darin, uns aussperrnen zu dürfen.“ Willi Bleicher erklärte auf der Kundgebung am 8. Dezember: „Der arbeitende Mensch steht nicht im Mittelpunkt dieser Wirtschaft von heute.“

In denselben „Streiknachrichten“ wird gefragt, ob es nicht zu denken geben muß, „daß die Vertreter dieses Großkapitals, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Sack und Asche gingen, heute wieder so unverschämt auftrumpfen können?“ Es wird darauf verwiesen, daß die Arbeiterklasse mehr gelernt hat, „als sie in Jahren auf Schulbänken erfahren hat. Die Praxis des brutalen Klassenkampfes der Unternehmer ist ein vorzüglicher Lehrmeister für sie gewesen.“ (26. 11.)

Dieser Streik bewies einmal mehr, welchen hohen Stellenwert der ökonomische Kampf im Leben der Arbeiter hat, daß er am ehesten die Möglichkeit bietet, die Arbeiterklasse zu mobilisieren. Die Lohnbewegung 1971 ist vorbei, neue Bewährungsproben stehen vor der Arbeiterklasse dieses Landes. Wenn die richtigen Lehren aus diesem Kampf gezogen werden, wenn in den Gewerkschaften der Wille der Mitglieder und damit die Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik besser beachtet werden, dann sind Lohnerhöhungen durchzusetzen, die dem potentiell vorhandenen Kräfteverhältnis entsprechen.

Heinz Schäfer

Kritik an der Untätigkeit anderer

Nachbetrachtung zum Lohnkampf in Baden-Württemberg

„Der Streik ist zu Ende, der Kampf geht weiter“, meinte ein IG-Metall-Sekretär bei der letzten großen Funktionärskonferenz der IG Metall in Heilbronn. Aus dem ganzen Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden waren Vertrauensleute, Betriebsräte und Streikleiter im Dezember nach Heilbronn gekommen, um abschließend über den Arbeitskampf in Baden-Württemberg zu diskutieren. Mit der oben genannten, zwar nicht falschen, aber doch unverbindlichen Losung, glaubte die IG-Metall-Bezirksleitung, ihre Funktionäre auf das erzielte Ergebnis einstimmen zu können.

Bereits der erste Diskussionsbeitrag zeigte, daß erhebliche Unzufriedenheit bei den Gewerkschaftsmitgliedern über den neuen Tarifvertrag herrscht. Wohl wurde bei der Urabstimmung die erforderliche Mehrheit für das neue Tarifabkommen erreicht, aber es sollte die IG-Metall-Führung doch zumindest nachdenklich stimmen, daß die Arbeiter einer ganzen Anzahl von Großbetrieben sich mehrheitlich gegen das Lohnabkommen aussprachen. So haben über 60 Prozent der Arbeiter der Voith GmbH in Heidenheim — dem führenden Großbetrieb in Ostwürttemberg — „nein“ bei der Urabstimmung gesagt. In einer Funktionärsversammlung in Heidenheim kurz vor der Urabstimmung wurde — mit nur wenigen Gegenstimmen — das Stuttgarter Lohnabkommen abgelehnt. Auch in Mannheim haben sich mehrere Streikleitungen gegen das Lohnabkommen ausgesprochen.

Es ist deshalb unverständlich, wenn bei der IG-Metall-Konferenz in Heilbronn die Kritiker am Lohnabkommen teilweise als „Hinterwälder, Sektierer, Spalter“ beschimpft und niedergeschrien wurden. Ulrich Huber und andere Heidenheimer Betriebsräte erklärten:

„Es hat keinen Sinn, jetzt von Verrat zu reden. Wieder einmal wurde sichtbar, daß ein so schwerer Kampf nicht in einem einzigen Tarifgebiet ausgetragen werden kann. Unsere Kritik richtet sich deshalb nicht nur an die große Tarifkommission der IGM von Nordwürttemberg-Nordbaden, sondern

auch gegen die Untätigkeit und das Zögern der gewerkschaftlichen Organe in anderen Tarifgebieten, Kampfmaßnahmen einzuleiten. Damit ist nicht die Aufhebung der regionalen Tarifautonomie gemeint. Wir wissen, daß Verbesserungen und Veränderungen zugunsten der Werktätigen nur durch einheitliches Handeln in und mit den Gewerkschaften möglich sind. Wir wissen auch, unter welchem Druck seitens der SPD von Bund und Ländern Willi Bleicher in den Verhandlungen stand.“

Wer so redet, ist weder ein Spalter noch ein Sektierer noch ein Hinterwälder. Es sind Gewerkschaftskollegen, die das Prinzip der innergewerkschaftlichen Demokratie offenbar sehr ernst nehmen und das Unbehagen vieler Kollegen zum Ausdruck bringen.

Wer die drei Wochen Streik und Aussperrung erlebt hat, mußte überrascht sein, mit welcher kämpferischen Gesinnung und mit welcher Disziplin die Metallarbeiter diesen Arbeitskampf durchstanden. Überraschend war die Solidarität der ausländischen Arbeiter, überraschend was das Verständnis und die Mitarbeit der nichtorganisierten Kollegen. Auch die Ehefrauen und Familienmitglieder der streikenden und ausgesperrten Arbeiter waren alles andere als verbittert.

Die IG Metall sollte sehr darauf bedacht sein, daß sie dieses heute gar nicht mehr so selbstverständliche Arbeiterbewußtsein nicht leichtfertig verspielt. Herbert Bader

Ich muß daran erinnern, daß zu Beginn des Lohnkampfes festgestellt wurde, weniger als 8 Prozent Loh- und Gehaltserhöhung bedeute schon Stillstand in der Lohnentwicklung. Nachdem die Unternehmer die Schiedssprüche von Dr. Veit und Prof. Wagnagat abgelehnt hatten, erklärte Willi Bleicher nach der Urabstimmung, es gehe bei dem Streik nicht um die 7,5, sondern um die ursprünglich geforderten 11 Prozent. Ich verkenne nicht die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik, aber ich meine doch, daß der Grundsatz unserer gewerkschaftlichen Arbeit, aktive Tarifpolitik zu betreiben, nicht verwirklicht worden ist. Dafür sind uns die Metallindustriellen dankbar, die in ihrer ersten Stellungnahme behauptet haben, der Kompromiß sei ein Sieg der Vernunft. Sie haben jetzt genügend Zeit, ihre Gewinne so gut zu verstecken, daß wir sie bis zur nächsten Tarifrunde nicht wiederfinden werden.“ Alfred Pommerenke

„Der Schiedsspruch Dr. Veits — 7,5 Prozent bei einer Laufzeit von sieben Monaten — war schon ein Zugeständnis unserer Seite und, wie Dr. Veit anführte, ein echter Beitrag der Arbeitnehmer zur Stabilität der Wirtschaft. Dieser Stabilitätsbeitrag bedeutete aber für uns bereits Rückschritt unseres Lebensstandards. Dann gingen wir in den Streik, um mehr herauszuholen.“

Nun ist das Ergebnis: 7,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, Laufzeit 15 Monate und stufenweise Absicherung eines 13. Monatsgehaltes! Betrachten wir unsere Verhandlungsposition, so muß doch ehrlicherweise festgestellt werden, und so ist es auch in unserer Funktionärsversammlung zum Ausdruck gekommen, daß dieser Abschluß eine Rückzugsposition gewesen ist, die bei einer geschlossenen Streikfront hätte vermieden werden können.

Es ist für die Kolleginnen und Kollegen unverständlich, wie nach dem mißglückten Einigungsgespräch bei Bundeskanzler Brandt der Abschluß so schnell erzielt wurde. Die gute Streikfront und die machtvolle, von hoher Kampfstimmung getragene Demonstration auf dem Karlsplatz zu Stuttgart zeigen, daß eine so schnelle Beendigung des Arbeitskampfes nicht notwendig gewesen wäre. Dabei hätte man die Streikfront noch stärken können durch die Einbeziehung der Angestellten in den Streik, was die Solidarität zwischen Arbeitern und Angestellten noch gefestigt hätte.

Unzufriedenheit über das Ergebnis, das schnelle Abschließen des Vertrages und die kurzfristig angesetzte Urabstimmung ist eine sachliche Kritik, die die Kolleginnen und Kollegen aus der Ortsverwaltung Heidenheim anzumelden haben.“ Ulrich Huber

Keine Hosiannagefühle mehr...

Aus Leserbriefen, in denen sich Betriebsarbeiter kritisch zum Tarifabschluß der IG Metall im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden äußern, bringen wir nachstehende Auszüge zum Abdruck:

„Die Stimmen unter den Kolleginnen und Kollegen, die von einem gewerkschaftlichen Erfolg sprechen, sind dünner gesät, als es in dem Ergebnis der Urabstimmung zum Ausdruck kommt.“

Die Meinungsskala reicht vom unterschiedenen Nein bis zum loyalen Ja. Wenn unserem Willi Bleicher noch am Mittwoch Hosiannagefühle entgegengebracht wurden, hätten ihm drei Tage später Resignation und Verbitterung begegnen können. Viele Kolleginnen und Kollegen hat nicht nur das Ergebnis enttäuscht, sondern auch die Eile, mit der Verhandlungsabschluß, Termin der Urabstimmung und Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme erfolgten.

IG Druck fordert 10 Prozent

**Es geht um die volle Durchsetzung der Forderung
Viele Mitglieder haben erheblich mehr erwartet**

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hat den Lohntarifvertrag für die Arbeiter der Druckindustrie zum 31. Januar 1972 gekündigt und die Forderungen formuliert: Erhöhung der Ecklöhne um 10 Prozent; zusätzliche Anhebung der Lohngruppe 1 um 3 und der Lohngruppe 2 um 2,5 Prozent; Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um ebenfalls 10 Prozent.

Die Tarifkommission hatte im Dezember lange über die Forderungen beraten und — so berichtete das Gewerkschaftsorgan „druck und papier“ — „es sich nicht leichtgemacht“. Aus der Mitgliedschaft hätten viele Forderungen, Anregungen und Empfehlungen vorgelegen. „Viele Mitglieder hatten eine höhere Forderung gewünscht.“ Diese Forderungen bewegten sich, wie NACHRICHTEN aus Betrieben und Ortsverbänden erfuhren, häufig zwischen 12 und 15, teilweise sogar 16 Prozent. Die Mehrheit der Tarifkommission bezeichnete 10 Prozent für wirtschaftlich vertretbar und konjunkturpolitisch zu verantworten.

Wie „druck und papier“ weiter berichtet, geht es in der begonnenen Tarifbewegung darum, „den Arbeit-

gestellten um 4 Prozent. (Siehe auch: „Lohnpolitik 1972“, Seite 11.)

Die Erfahrungen — auch in der Druckindustrie — lehren, daß eine Tarifbewegung in dem Maße Erfolg bringt, wie alle Gewerkschaftsmitglieder daran aktiv teilnehmen. Das zu erreichen, ist in erster Linie eine Organisationsfrage. Vor allem gehört dazu die ständige und ausreichende Information der Mitglieder. Das ist um so mehr notwendig, als die Unternehmerpropaganda die wirtschaftliche Situation schwarz in schwarz zeichnet, um die Arbeiterschaft zu verwirren und vom Kampf um den Anteil am Ertrag ihrer Arbeit abzuhalten.

Das Gewerkschaftsorgan „druck und papier“ stellte dazu treffend fest: „Es ist das alte Spiel. Im wirtschaftlichen Aufschwung müssen Gewinne gemacht und Investitionen vorgenommen werden. Da bleibt für die Arbeitnehmer nicht viel übrig. Und im Abschwung muß man die Restgewinne retten; da kann man an Lohnerhöhungen nicht denken... Doch zum Krisengejammer und Rezessionsge-

rede ist kein Grund: Bei verlangsamtem Tempo ging es noch immer aufwärts, wird es auch weiterhin aufwärtsgehen.“

Das Betriebsratsmitglied eines großen graphischen Betriebes in Hamburg stellte gegenüber NACHRICHTEN fest: „... Vor allen Dingen müssen wir mit unserer Gewerkschaft endlich dahin kommen, daß einmal erhobene und als richtig bewiesene Forderungen auch voll durchgesetzt werden. Sonst bleiben wir — wie bisher schon — Jahr für Jahr hinter dem Notwendigen und Möglichen immer weiter zurück, so daß sich mittlerweile ein kaum noch zu überblickender Nachholbedarf aufgestaut hat, der die verstärkte Vermögensbildung und -konzentration der Unternehmung mit gefördert hat.“

Sb.

Tarifverhandlungen für Seeleute gescheitert

Ende Januar beginnt für die rund 45 000 Kapitäne und Besatzungsmitglieder der Seeschifffahrt das Schlichtungsverfahren. Die Tarifverhandlungen waren am 5. Januar von den Gewerkschaften ÖTV und DAG für gescheitert erklärt worden. Die Gewerkschaften hatten die Heuerverträge zum 31. Dezember 1971 gekündigt und linear eine Erhöhung der Heuer um 10 Prozent verlangt. Die Schiffsreederei weigerten sich bis zum letzten Tag, ein sachliches Angebot zu machen.

Im Dezember-Heft, Seite 12 („Neue Tarifkonzeption“), hat uns der Druckfehlerteufel einen bösen Streich gespielt. Natürlich sollte es im vorletzten Absatz nicht heißen, „... daß diejenigen, die mehr haben, mehr bekommen.“ Richtig heißt es: „... die mehr haben, in gleichem Umfang wie jene, die wenig haben, mehr bekommen.“

nehmern eine angemessene Entschädigung für den Verlust realer Kaufkraft durch die Preisentwicklung zuteil werden zu lassen. Und es geht darum, sie auch am wirtschaftlichen Erfolg des Industriebereichs angemessen zu beteiligen.“

Bei einer Lohnforderung von 10 Prozent kann man angesichts der Preissteigerung und des Anstiegs anderer Belastungen — z. B. der Lohnsteuer — nicht von einer „hohen“ Forderung sprechen. Selbst wenn sie voll durchgesetzt wird, und das sollte die feste Zielsetzung der Gewerkschaft sein, bliebe das Resultat noch hinter dem zurück, was der DGB in seiner Zielprojektion für 1972 als notwendig und möglich verlangt: Steigerung der Realeinkommen der Arbeiter und An-

Erfolgreicher Texaco-Streik

Erst ein von den Gewerkschaften IG Chemie - Papier - Keramik, IG Bergbau und Energie sowie Handel, Banken und Versicherungen gemeinsam geführter Streik bei der Texaco-Ölgesellschaft brachte den gewünschten Erfolg: Nachdem über 1000 der 5000 Beschäftigten fast drei Wochen streikten, erklärte sich die Konzernleitung zur weitestgehenden Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen bereit. Rückwirkend ab 1. Oktober 1971 wurden zwei Wochen vor Weihnachten die Löhne und Gehälter um 11 Prozent heraufgesetzt und 26 DM Sparförderung monatlich ab 1. Januar 1972 bewilligt. Die Ausbildungsvergütungen mußten zwischen 50 und 110 DM monatlich angehoben werden.

Über die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8 Prozent plus Zahlung der Sparförderung war man sich bereits vor Beginn des Streiks am 22. November einig gewesen. Aber die Texaco-Bosse weigerten sich, der For-

derung nachzukommen, durch Vorgehenshebung der Haustarife um 4 Prozent das Lohn- und Gehaltsniveau bei Texaco dem der anderen Ölkonglomerate anzupassen. Um diese 4 Prozent wurde von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten der Streik geführt. Bestreikt wurden u. a. Texaco-Betriebe in Hamburg, Düsseldorf, Duisburg, Hagen, Hamm und Hemmingstedt. In Hamburg-Wilhelmsburg streikten auch 95 Prozent der Angestellten des dortigen Forschungslabors.

Am 9. Dezember konnte der Streik beendet werden, nachdem sich die Unternehmensleitung bereit erklärt hatte, 3 der verlangten 4 Prozent Angleichung zu zahlen. Nach diesem Erfolg soll in diesem Jahr ein weiterer Schritt zur völligen einkommensmäßigen Gleichstellung der Texaco-Beschäftigten mit denen der übrigen Mineralölkonglomerate in der Bundesrepublik getan werden.

-t

Bauarbeiter blieben zurück

**Mit dem Jahreseinkommen nur auf dem 12. Platz
Tarife gekündigt — Erfolg durch Mitgliederaktivität**

Ende Dezember 1971 hat der Beirat der IG Bau - Steine - Erden auf Empfehlung der Großen Tarifkommission die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die rund 1,5 Millionen Beschäftigten im Bauhauptgewerbe zum 30. April 1972 gekündigt. Eine konkrete Geldforderung wurde noch nicht erhoben. Die Gewerkschaft verkündete zunächst ihr Ziel, in der bevorstehenden Tarifrunde die Arbeiter und Angestellten der Bauwirtschaft „in die Spitzengruppe der Effektivelinkommen“ zu bringen.

Die Führung der IG Bau-Steine-Erden hat mit ihrer von Georg Leber entwickelten und seinem Nachfolger Rudolf Sperner weiterhin verfolgten Praktik der „sachlichen Lohnpolitik“ — sie besteht im Verzicht auf konsequenten Kampf — einen Zustand herbeigeführt, in dem sich die Bauarbeiter in der Einkommensskala immer weiter abrutschen sehen. Zwar sind die Tarifrunden in der Bauwirtschaft immer „sachlich“ gewesen, das heißt, die Gewerkschaftsführung gab sich mit dem zufriedenen, was die Unternehmer freiwillig herausrückten, aber bezahlt haben letztes Endes die Bauarbeiter diese „Vernunft“. Nicht umsonst wächst unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten im Bauhaupt- und Bauneben-gewerbe die Unzufriedenheit mit einer solchen unsolidarischen Tarifpolitik. Die Mitgliederzahlen der IG Bau sinken.

Jetzt soll lohnpolitisch ein „Sprung nach vorn“ getan werden. Im Jahre 1970 kamen die Bauarbeiter mit dem Brutto-Stundenlohn auf dem 7. Platz; im Juli 1971 nahmen sie nur noch den 9. Platz ein. Bis heute dürfte diese Entwicklung weiterengangen sein. Infolge der witterungsbedingten Ausfälle erreichten die Bauarbeiter 1970 mit dem Bruttojahreseinkommen nur den 12. Platz. Die Daten von 1971 liegen noch nicht vor, dürften aber nicht besser aussehen. Der Vorstand der IG Bau - Steine - Erden hat also allen Grund, der Forderung der Mitgliedschaft nach einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik nachzukommen.

Allerdings sind die tarifpolitischen Ausführungen Rudolf Sperners vor dem Beirat nicht gerade ermunternd. Laut „Welt der Arbeit“ vom 24. Dezember 1971 erklärte er u. a.: „Verantwortungsbewußt haben wir immer nur das gefordert, was die Konjunktursituation hergab. Das werden wir auch in Zukunft tun. Jede Einmischung realitätsfremder Politiker und Wissenschaftler werden wir zurückweisen. Wir werden die Preise nicht durch überhöhte Löhne in die Höhe treiben. Aber wir können uns nicht auf das Experiment einlassen, durch unterlassene Lohnforderungen die Preise zu stabilisieren.“

Diese kritiklose Übernahme der Unternehmerbehauptung, daß die Löhne die Preise hochtreiben, ist nicht nur ungeheuerlich, sondern für Sperner auch typisch. Wer solche Auffassungen vertritt, ist als Vorsitzender einer Gewerkschaft im Grunde fehl am Platze, auf jeden Fall aber signalisiert er damit, daß er weiterhin ungerechtfertigt kurz zu treten gedenkt und daß — trotz entsprechenden Gereds — die Initiative für eine auf die Spitze der Lohnskala abzielende Tarifpolitik kaum von Sperner ausgehen dürfte.

Die Initiative für eine erfolgversprechende Tarifbewegung muß von den Mitgliedern, den unteren und mittleren Organen der IG Bau-Steine-Erden ausgehen. Dazu dürfte notwendig sein, daß der Vorstand mit der bisher praktizierten Tarifpolitik am grünen Tisch und hinter verschlossenen Türen Schluß macht. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen aktiv in die Tarifbewegung einbezogen werden. Noch ist genügend Zeit, um auf den Baustellen und Zahlstellen sowie in den Gewerkschaftsversammlungen die Forderungen für die neu abzuschließenden Verträge über Löhne und Gehälter zu entwickeln und zu diskutieren.

Nach der Zielprojektion des DGB für 1972 sollen die Reallöhne um 4 Prozent steigen. Bei einer Preissteigerung von 6 Prozent sowie um 2 bis 3 Prozent höherer Belastung aus den erhöhten Sozialabzügen und den progressiv steigenden Lohnsteuern, wären allein schon Lohn- und Gehaltserhöhungen um 12 bis 13 Prozent notwendig. Wenn die Bauarbeiter aber in der Lohnskala wieder etwas nach oben klettern wollen, wie es verkündet wurde, dann ginge jeder Abschluß unter 15 Prozent am Ziel vorbei. Wohlgemerkt: 15 Prozent müßten nicht nur gefordert, sondern auch durchgesetzt werden!

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten der Bauwirtschaft sind aufgerufen, ihre Kampfkraft für ihre berechtigten Forderungen zu entwickeln und in der bevorstehenden Tarifbewegung — ähnlich den Metallarbeitern — auch einzusetzen. Nur so können sie die Bauunternehmer, die pausenlos Grund-

stücks- und Baupreise nach oben treiben und Riesenprofite realisieren, zwingen, mehr als nur die freiwillig gewährten Brosamen herauszurücken. Offensichtlich muß das aber auch der eigenen Gewerkschaftsführung klargemacht werden.

G.S.

Holzarbeiter bekommen 7 Prozent mehr

Für die rund 50 000 Beschäftigten der Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie in Württemberg und Nordbaden ist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, der vom 1. Januar 1972 an eine Erhöhung des tariflichen Ecklohnes und der Tarifgehälter um 7 Prozent vorsieht. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 12 Monate. In den Tarifvertrag wurde außerdem die tarifliche Absicherung von 40 Prozent eines 13. Monatsgehaltes nach einem bestimmten Schlüssel aufgenommen. Einen gleichen Vorschlag, über den bei Redaktionsschluß noch nicht entschieden war, machte im Tarifbezirk Nordrhein der Landesschlächter in der sechsten Verhandlung zwischen Gewerkschaft und Unternehmern.

WWI-Aufgaben erweitert

Der Aufgabenkreis des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der Gewerkschaft (WWI) ist nach einem Beschluß seines Kuratoriums erweitert worden. Eine Reihe neuer Forschungsbereiche, wie Zukunftsforschung und Umweltschutz, sind neu hinzugekommen. Ausdruck dieser Aufgabenerweiterung ist die Umbenennung des DGB-Instituts; sein neuer Name: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI).

Wie der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard Tacke in Düsseldorf erläuterte, wollen die Gewerkschaften einen gesellschaftspolitisch so wichtigen wissenschaftlichen Bereich wie die Zukunftsforschung „weder den individuellen Neigungen von Wissenschaftlern noch den privatwirtschaftlichen Interessen der Großindustrie überlassen“. Für den DGB sei Zukunft nicht eine Fortschreibung des Status quo, sondern eine Aufgabe politischer Gestaltung.

Mit einem Jahresetat von rund zwei Millionen DM sind die derzeit 53 Mitarbeiter, darunter 35 Wissenschaftler, des WSI bereits in den Bereichen „Konjunkturpolitik“, „Verteidigungspolitik“ und „Gesellschaftspolitik“ tätig. Mit zunächst drei weiteren wissenschaftlichen Mitarbeitern werde die „Zukunftsforschung“ als vierte Säule im Forschungsgebäude des WSI eingerichtet.

Lohnpolitik 1972

Zielprojektion des DGB ein gutes Hilfsmittel Reallohn nicht nur sichern, sondern steigern!

Die Lohnbewegung 1972 wird in einer Situation stattfinden, die in vielerlei Hinsicht komplizierter sein wird als die des Vorjahres. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das konjunkturelle Tief, die „Talsohle“, noch nicht erreicht ist und die Unternehmer versuchen werden, auch in Stagnationszeiten die Profile auf einem Höchstniveau zu halten bzw. das Absinken auf ein Minimum zu begrenzen und die Folgen der sich aus ihrem Profitstreben ergebenden Krisensituation voll auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Sie werden versuchen, die noch zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und die damit verbundene wachsende Existenzunsicherheit zu nutzen, um sich den gewerkschaftlichen Lohnforderungen zu widersetzen.

Der Kampf in der Metallindustrie hat gezeigt, wie die Unternehmer sich geschlossen der gewerkschaftlichen Forderung entgegenstellten und welcher Anstrengungen es bedurfte, diesen Widerstand erfolgreich zu überwinden. Wir wiesen in den NACHRICHTEN nach, daß der Tarifabschluß in der metallverarbeitenden Industrie den sozialen Besitzstand nicht sichert und sogar zu einer Reallohnsenkung führen wird, wenn die Betriebsbelegschaften keine übertariflichen Lohnerhöhungen durchsetzen können. Aus diesem Grunde darf dieser Tarifabschluß keinerlei richtungsweisenden Charakter haben.

Große Bedeutung kommt jetzt dem bevorstehenden Tarifabschluß im öffentlichen Dienst und in der Druck- und papierverarbeitenden Industrie zu, obwohl auch hier bereits die aufgestellten Forderungen von 10 Prozent und darunter allenfalls die Reallohne des Vorjahres sichern können und jeder Abstrich von diesen Forderungen zu einer Gefährdung des erkämpften Lebensstandards führt. Die IG Bau-Steine-Erden hat bereits die Tarifverträge für die Bauindustrie zum 30. April 1972 gekündigt. Diese Gewerkschaft, die sich bisher mit am stärksten einer vom Geist der Sozialpartnerschaft geprägten Lohnpolitik befleißigte, hat — ihrer langjährigen Praxis folgend — wiederum keine Lohnforderung gestellt.

Es ist nicht zu übersehen, daß eine solche Lohnpolitik nicht nur jedem Bauarbeiter, sondern auch der Gewerkschaft zum Nachteil gereichte und die IG Bau-Steine-Erden nicht nur Mitglieder, sondern ebenso politisches Terrain im DGB verlor. Die IG Bau-Steine-Erden kündigte an, daß es ihr Ziel bei der bevorstehenden Tarifbewegung sei, die Arbeiter und Angestellten der Bauwirtschaft in die Spitzengruppe der Effektivkommen zu bringen. Gegenüber der IG Druck und Papier liegt die IG Bau-Steine-Erden fast um 10 Prozent zurück. Dazu kommt noch die Differenz, die sich aus der Tariflohnerhöhung ergibt, die die IG Druck und Papier durchsetzen wird und die den Abstand weiter anwachsen läßt.

Auch die Tarifikündigungen in der chemischen Industrie rücken bereits in das Blickfeld.

Für die Gewerkschafter an der betrieblichen Basis ergibt sich, wie in jedem Jahr, erneut die Notwendigkeit zu untersuchen, welche Forderungen zu entwickeln sind, die mobilisierend wirken und die bei Anspannung aller Kräfte durchgesetzt werden können.

Als ein Hilfsmittel kann hierbei die Zielprojektion des DGB-Bundesvorstandes dienen, die am 17. Dezember 1971 in der „Welt der Arbeit“ veröffentlicht wurde und über die NACHRICHTEN in Nr. 12/1971 berichtete. Kern der Zielprojektion ist die Feststellung: „Für 1972 erstreben die Gewerkschaften eine Erhöhung des Realeinkommens und damit des Lebensstandards je Arbeitnehmer um rund 4 v. H.“

Eine Erhöhung des Reallohns muß die inflationistische Preissteigerung, die erhöhten Steuern und Sozialabgaben berücksichtigen. Gegenwärtig liegt das Preisniveau um 6 Prozent über dem des Vorjahres, und es ist noch keine sinkende Tendenz zu beobachten. Im Gegenteil: Bundesbahn und Bundespost erhöhen ihre Tarife und Gebühren, das Benzin wird teurer, und Industrie- und Handelsmonopole drehen ebenfalls unvermindert an der Preis-Profit-Spirale. Die gegenüber dem Vorjahr erhöhten Abgaben für Renten-

und Arbeitslosenversicherung belastet den Lohn mit 0,7 Prozent und auch die progressiv wirkende Lohnsteuerverhöhung muß mit 2 Prozent veranschlagt werden, so daß allein zur Wiederherstellung des Reallohn-niveaus von 1971 eine Lohnerhöhung von 8 bis 9 Prozent, bei einer 4prozentigen Realloohnerhöhung sogar von 12 bis 13 Prozent notwendig wäre.

In diesen Zahlen ist noch nicht die wachsende Arbeitsproduktivität berücksichtigt, die nach den Vorstellungen der DGB-Zielprojektion 1972 um 3,6 Prozent steigen soll. Dabei geht der DGB von der Produktion je Erwerbstätigenstunde aus. Die Produktion je Arbeiterstunde dürfte nicht unbedeutend über 3,6 Prozent liegen.

Selbstverständlich ist jede Lohnerhöhung kein Ergebnis einer Zahlenakrobatik, sondern des in der Auseinandersetzung wirksam gewordenen Kräfteverhältnisses. Zahlen können hierbei aber eine wirksame Hilfe sein.

Wichtig ist, alle Arbeiter und Angestellten von Anfang an in die Lohnbewegung mit einzubeziehen, mit der Mitgliedschaft alle Fragen, angefangen von den wirtschaftlichen Daten bis zu dem zu erwartenden verschärften Widerstand der Unternehmer zu diskutieren, aus dieser Diskussion heraus die gewerkschaftliche Lohnforderung zu entwickeln und dann die Lohnauseinandersetzung bis zum erfolgreichen Abschluß gemeinsam mit der gesamten Mitgliedschaft zu führen.

Nicht unberücksichtigt bleiben sollten die in den Tarifbewegungen des vergangenen Jahres deutlich gewordenen negativen Auswirkungen der verschiedenen Schlichtungsabkommen, die sich keinesfalls bewährten, sondern die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächten, ihre Manövrierfähigkeit einengten und zu Schiedssprüchen führten, die günstigenfalls den Lohnleitlinien der Bundesregierung entsprachen. Aus diesem Grunde widerspricht es einer aktiven Lohnpolitik, wenn die gewerkschaftliche Kampfkraft durch Schlichtungsabkommen eingeengt wird. Diese sollten daher zum frühestmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden.

Zugleich gilt es sich allen Versuchen entschieden zu widersetzen, die Tarifautonomie einzuschränken, d. h., das von den Gewerkschaften in einem mehr als hundertjährigen Kampf durchgesetzte Recht anzutasten, allein nach dem Willen der Mitglieder und den dem Interesse der Arbeiterklasse entsprechenden Beschlüssen zu handeln. Gerade nach dem Streik in Baden-Württemberg mehrten sich im Unternehmerlager die Stimmen, die fordern, dem Beispiel Nixons und der englischen Tories zu folgen und mit staatlichem Zwang die Lohnentwicklung zu knebeln, der Profitsteigerung jedoch freien Lauf zu lassen.

H. Sch.

Immer mehr Millionäre

Nicht weniger als 3 292 Personen mit einem Vermögen von mindestens 1 Million DM gab es nach der letzten Zahlung in Baden-Württemberg. Das waren mehr als elfmal soviel wie 1953. Bezogen auf die Wohnbevölkerung finden sich die verhältnismäßig meisten Vermögensmillionäre in Nordwürttemberg. Hier kam auf 2 267 Einwohner ein Millionär.

Tendenz steigend...

„Dividende ist der Teil des Gewinns einer AG, der sich nicht in der Bilanz verstecken läßt“

Die Dividende ist nicht, wie vielfach fälschlich angenommen, identisch mit den Gewinnen, sondern nur ein kleiner Teil davon. Aber die Höhe der Dividende läßt Rückschlüsse zu, wenn auch nicht auf die absolute Höhe, so doch auf die Tendenz der Gewinnentwicklung.

Nun hat kürzlich das Statistische Bundesamt Angaben über die Durchschnittsdividende von 1656 Aktiengesellschaften (AG) der Bundesrepublik veröffentlicht, die bis Ende Juli 1971 bereits Gewinnverwendungsbeschlüsse für das Geschäftsjahr 1970 mitgeteilt hatten. Diese 1656 AG zahlten eine Dividendensumme von 5544 Millionen DM aus. Das entspricht einem durchschnittlichen Dividendensatz von 12,9 Prozent.

Diese Dividendensumme von 5544 Millionen Mark ist zu groß, um damit konkrete Vorstellungen zu verbinden. Anschaulicher wird die Summe, wenn man bedenkt, daß sie etwa einem Brutto-Monatsverdienst von rund fünf Millionen gutbezahlter Facharbeiter der Bundesrepublik entspricht. Wofür also fünf Millionen Arbeiter — das entspricht der Beschäftigungszahl der zehn wichtigsten Industrien der Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt — einen Monat schwer schuften mußten, das scheffeln die Aktionäre von 1656 AG, ohne dafür den Finger zu krümmen.

Die Dividendensumme entfällt aber nicht gleichmäßig auf alle 1656 AG, sondern verteilt sich höchst ungleichmäßig. Die Verteilung der Dividende auf Industriezweige und Gesellschaften spiegelt deutlich die Tendenz der schnell fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion wider.

An der Spitze der Dividendenzähler stehen 54 Gesellschaften der Chemieindustrie, die zusammen ein Aktienkapital von über 6,6 Milliarden DM besitzen, das sind 15 Prozent des gesamten Kapitals aller 1656 Gesellschaften. Sie werfen eine Dividendensumme von mehr als 1,17 Milliarden DM aus, das sind über 21 Prozent der Gesamtsumme. Dabei muß man aber berücksichtigen — und das steht nicht in der Statistik — daß nur drei von diesen 54 Gesellschaften, nämlich die drei großen IG-Farben-„Nachfolger“ Hoechst Farbwerke, Farbenfabriken Bayer und die Badische Anilin- und Sodafabrik, 864 Millionen DM Dividende oder 15,6 Prozent der Gesamtdividende abgeworfen haben.

In der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sind 91 Aktiengesellschaften mit 6,235 Milliarden DM Kapital erfaßt, die 705 Millionen DM Dividende hergaben. Im Straßen- und

Luftfahrzeugbau sind es nur neun Gesellschaften, die ein Kapital von 2,378 Milliarden DM besaßen und rund 563 Millionen DM Dividende zahlten. Ihr durchschnittlicher Dividendensatz erreichte 23,7 Prozent, das heißt, der Aktionär hatte in wenig mehr als vier Jahren sein angelegtes Nominalkapital in Form von Dividende wieder herausgeholt.

In der Eisen- und Stahlindustrie zählt die Statistik 32 AG mit einem Stamm-

kapital von 3,46 Milliarden DM. Ihre Dividendensumme betrug „nur“ 450 Millionen DM. Aus der Elektroindustrie finden sich in der Statistik 28 Gesellschaften; ihr Aktienkapital beträgt 2,26 Milliarden DM, die von ihnen ausgezahlte Dividendensumme über 373 Millionen DM. Allerdings entfallen auf nur eine der 28 Gesellschaften, nämlich auf die Siemens AG, mit 1,007 Milliarden DM Kapital über 160 Millionen DM an Dividende. Schließlich sind noch 166 Kreditinstitute mit einem Grundkapital von 3,621 Milliarden DM zu nennen, die über 531 Millionen an Dividende ausschütteten.

In den genannten sechs Wirtschaftsgruppen wurden 380 AG aufgeführt, also nur 22,9 Prozent der von der Statistik erfaßten Unternehmen. Doch sie besaßen 1970 rund 57 Prozent des Stammkapitals aller AG und zahlten an ihre Aktionäre mit mehr als 3,79 Milliarden DM über 68 Prozent der von den 1656 Gesellschaften ausgeschütteten Dividendensumme. S.K.

Löhne und Preise

Zu Beginn des Jahres wurden für rund 2,5 Millionen Beschäftigte der öffentlichen Dienste, Post und Eisenbahn neue Verträge abgeschlossen mit Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 4 Prozent zuzüglich einem Sockelbeitrag von 30 DM. Das bedeutet eine Einkommenssteigerung von knapp 6 Prozent. Geht man davon aus, daß im vergangenen Jahr der Preisanstieg über 6 Prozent betrug, zu dem noch 2,5 Prozent Steigerung der Steuer- und Sozialabgaben hinzukommen, geht mit den neuen Abschlüssen wie auch mit dem Abschluß der Metallarbeiter nach dem Streik in Baden-Württemberg, das Realeinkommen zurück. Diese mageren Ergebnisse bezeichnet das Bundeswirtschaftsministerium als „voll vereinbar mit den Zielvorstellungen der Bundesregierung“ für die wirtschaftliche Entwicklung 1972. Dabei bleibt das Ministerium eine Antwort auf die Frage schuldig, was nun geschieht, um die Preistreibereien einzudämmen.

1971 betrugen die Preiserhöhungen für den „Warenkorb“ eines vierköpfigen Arbeitnehmerhaushaltes 6,4 Prozent. Daneben stiegen die Ausgaben für die einfache Lebenshaltung eines Kindes allein um 7 Prozent. Bezeichnend für die Preisentwicklung in der Bundesrepublik ist die Tatsache, daß seit 1962 die Brotpreise um 54 Prozent angestiegen sind! Schon heute steht fest, daß sich dieser Preisauftrieb auch 1972 fortsetzen wird.

Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft des Einzelhandels werden die Verkaufspreise im ersten halben Jahr 1972 um mindestens 5 Prozent steigen. Im einzelnen wird die Steigerungsrate gegenüber dem ersten Halbjahr 1971 bei den Nahrungsmitteln 4 bis 5 Prozent, bei Bekleidung und Schuhen 6,7 Prozent und bei Hausrat und Wohnbedarf 4,5 bis 5,5 Prozent betragen. Wie immer, werden davon die Haushalte der Lohn- und Gehaltsempfänger am schwersten betroffen; das zeigen die Erfahrungen vergangener Jahre. So betrug der Anstieg der Lebenshaltungskosten 1971 für die Haushalte

mit hohen Einkommen 5,8 Prozent und für durchschnittliche Arbeiterhaushalte 6,5 Prozent.

Weitere Belastungen für den Verbraucherhaushalt ergeben sich in diesem Jahr aus den Steigerungen der Verbrauchssteuern für Branntwein, Tabak, Mineralöl und der Gebührenerhöhung bei Post und Eisenbahn. Zwar hat der Postverwaltungsrat noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen, aber fest steht schon, daß die Postgebühren für einfache Briefe von 30 auf 40 Pfennig heraufgesetzt werden und auch die Telefongebühren sich erheblich verteuern.

Mag Branntwein und Tabak auch nicht zu den Lebensnotwendigkeiten gehören, so bedeutet doch die Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer eine weitere Belastung der Ausgabenseite. Härter trifft den Geldbeutel die Anhebung der Mineralölsteuer. Das Auto ist auch für den Lohn- und Gehaltsempfänger kein Luxusgegenstand mehr, sondern bei langen Anfahrtswegen und den überlasteten öffentlichen Verkehrsmitteln

Beratung mit Stahlarbeitern

Stahlarbeiterkonferenz der DKP in Hagen-Haspe Kampf um höhere Einkommen und Arbeitsplatzsicherung

Über 100 Arbeiter und Angestellte, fast ausschließlich Funktionäre der IG Metall aus mehr als 20 Betrieben der Stahlindustrie mit ca. 180 000 Beschäftigten, diskutierten am 11. Dezember 1971 in Hagen-Haspe gemeinsam mit Mitgliedern des Parteivorstandes und des Präsidiums der DKP sowie den Mitgliedern der Bezirksvorstände dieser Partei in den Bezirken Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen aktuelle Probleme der Lohnbewegung, der sozialen Sicherheit und der Arbeitsplatzsicherung in der Stahlindustrie. Das Referat auf dieser Stahlarbeiterkonferenz hielt der Betriebsratsvorsitzende Erwin Ebeling aus Hagen, Mitglied des Parteivorstandes der DKP. Ebeling befaßte sich mit erkennbaren Entwicklungen in der Stahlindustrie und legte Alternativvorstellungen dar.

Auf die Lage in der Stahlindustrie eingehend, stellte der Referent fest, daß bei über 300 000 Beschäftigten und 30 Milliarden DM Umsatz dieser Industriezweig zu den Schlüsselbranchen der Wirtschaft zähle. Zur Zeit habe zwar die rückläufige Konjunktur, bei nur 70prozentiger Ausnutzung der Kapazität, eine Einschränkung der Produktion zur Folge und drücke etwas die Aussichten auf hohe Renditen, aber von Zahlungsunfähigkeit dieser Branche, die in den vorhergegangenen Jahren Höchstprofite realisiert habe, könne keine Rede sein. Die gewerkschaftliche Forderung von 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt sei berechtigt und realisierbar.

Solange das kapitalistische Profitsystem bestehe, die Macht der Konzerne sich immer mehr über die Gesellschaft ausbreite und die Machtpolitik auch unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung die Rüstungskosten immer höher treibe, würden die arbeitenden Menschen von dem Reichtum, den sie schaffen, nur soviel bekommen, wie sie sich selbst erkämpfen.

In Hagen, dem Standort der Stahlwerke Südwestfalen und der zum

durchaus eine Notwendigkeit. Die Preiserhöhung von 4 Pfennig pro Liter Benzin und Dieselöl ist eine fühlbare finanzielle Anspannung des Etats des „kleinen Mannes“.

Diese im neuen Jahr auf die Verbraucher zukommende Preiswelle, die Erhöhung der Lohnsteuer und der Abgaben für die Sozialversicherung, die schon 1971 im Durchschnitt 24 Prozent betrug, werden weiter zu einem erheblichen Absinken des Realinkommens führen. Nach den unzulänglichen Einkommensverbesserungen durch die bisher abgeschlossenen Tarifverträge werden die Lohn- und Gehaltsempfänger 1972 ärmer sein als 1971.

Klöckner-Konzern gehörenden Hasper-Hütte seien, so erklärte Ebeling, durch bewußt unterlassene Investitionen auf Jahre gewachsene Produktionsstrukturen derart vernachlässigt worden, daß man sie als technisch veraltet und kaufmännisch als kostengünstig deklarieren. Diesen Zustand hätten die Verantwortlichen seit Jahren zielstrebig „herbeigeführt“. Im Zuge der Konjunkturabschwächung werde jetzt von „Stilllegung veralteter Kapazitäten“ gesprochen.

Die Hager Stahlarbeiter nahmen diese „Offenbarung“ der Konzerne nicht nur zur Kenntnis; sie gingen im Oktober mit ca. 4000 Arbeitern und Angestellten auf die Straße, um gegen die beabsichtigten Maßnahmen zu demonstrieren, um den Stahlbossen eine Alternative entgegenzusetzen. Es gehe, so sagte Ebeling in seinem Referat, um die Erhaltung oder den Ersatz der Arbeitsplätze bei ungeschmälertem Einkommen. Nur so lasse sich das einseitige Risiko der Arbeiter in dieser kapitalistischen Wirtschaft abbauen.

Die Entwicklung der Stahlkonzerne zu immer größeren Unternehmenseinheiten ist in vollem Gange. Mit den am 1. Juli 1971 durch die vier Rationalisierungsgruppen abgelösten Walzstahlkontoren befindet sich die Stahlindustrie (laut „Handelsblatt“ vom 6. Juli 1971) organisatorisch in einem Zustand, der den Erfordernissen der 80er Jahre gewachsen ist. Tatsächlich ist mit diesen vier Gruppen der Kern einer kapitalistischen „Einheitsgesellschaft Stahl“ vorprogrammiert.

Nach Aussagen von Experten, so des Vorsitzenden der Hoesch AG, Dr. Harders, müßten, um den Anschluß an das jetzige Weltspitzenniveau der Stahlproduktion zu erlangen, in fünf bis zehn Jahren die bundesdeutschen Produktionsstätten der Eisen- und Stahlerzeugung zu zwei Dritteln auf den neuesten Stand gebracht werden.

Das aber setzt nach kapitalistischer Praxis neben weiteren Milliardensummen an Investitionen eine rücksichtslose Rationalisierung sowie Verlagerung an „kostengünstigere“ Standorte voraus. Für die freigesetzten Stahlarbeiter wäre dann nur noch das Arbeits- und Wohlfahrtsamt zuständig. Eine solche, gegen die Interessen der Stahlarbeiter gerichtete Politik, gilt es, so stellte die Stahlarbeiterkonferenz der DKP fest, gemeinsam zu bekämpfen.

Bereits der Düsseldorfer Parteitag der DKP hatte im November ein Aktionsprogramm zur Sicherung des Lebensstandards beschlossen, welches — auf die Stahlarbeiter angewandt — wichtige Aussagen und Forderungen enthält, so zum Beispiel:

■ Nur höhere Reallöhne sichern den erreichten sozialen Standard und schaffen einen Ausgleich für die durch Preissteigerungen und Inflation ausgehöhlten Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten.

■ Höhere Reallöhne fördern den inneren Markt und helfen bei der Absicherung von Arbeitsplätzen.

■ Die Beschlüsse, ganze Betriebsstätten als Folge der Konzentration und der Rationalisierung zu schließen, müssen aufgehoben werden.

■ Kündigungen ohne Bereitstellung gleichwertiger Arbeitsplätze sind gesetzlich zu verbieten.

■ Die Offenlegung der Pläne und Information über die künftige Entwicklung eines jeden Werkes im Rahmen der Rationalisierungsgruppen hat zu erfolgen.

■ In jedem Falle muß mit den Belegschaften, ihren Vertrauensleutkörpern und Betriebsräten ein bindender Plan für den Erhalt der Arbeitsplätze oder für eine vollwertige Ersatzproduktion erarbeitet werden. Der beste Sozialplan ist der Erhalt der Arbeitsplätze.

■ Für jeden Arbeiter und Angestellten ist rechtzeitig ein persönliches Abkommen für seine Zukunft in arbeitsmäßiger und sozialer Hinsicht abzuschließen.

Die Stahlarbeiterkonferenz der DKP in Hagen-Haspe unterstrich die Aktualität und Berechtigung dieser Forderungen, die sich in ihrem Grundgehalt mit den Beschlüssen des DGB und der Gewerkschaftstage der IG Metall decken. Insbesondere macht die Situation in der Stahlindustrie deutlich, daß die profitorientierten Entscheidungen der Stahlkonzerne den sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten scharf entgegenstehen und dieser Industriezweig reif ist, in Gemeineigentum überführt zu werden.

Heinrich Bramkamp

BetrVG wird in Kraft gesetzt

Gewerkschaftlicher Druck zwang CDU zum Nachgeben Im Ringen um neues BetrVG viele Chancen vertan

Obwohl das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) die Rechte der Bundesländer kaum berührt, kann es ohne Zustimmung des Bundesrates nicht verabschiedet werden. Das BetrVG ist ein „Zustimmungsgesetz“, aber niemand wird einen plausiblen Grund dafür finden, daß nach einer Entscheidung des Bundestages nun auch noch die Ländervertretung um ihre Meinung gefragt werden muß. Die CDU/CSU hat diese Tatsache jedoch ausgenutzt und versucht, über ihre Mehrheit im Bundesrat dieses ohnehin mangelhafte Gesetz noch schlechter zu machen.

Es ging den Reaktionären der CDU/CSU, dem Wunsch der Unternehmer gemäß, um die Einschränkung der im Gesetz festgelegten Befugnisse der Einigungsstelle und um die Aufnahme weiterer Regelungen, die geeignet gewesen wären, die Belegschaft nach dem kapitalistischen Prinzip „teile und herrsche“ auseinanderzudividieren.

Eine besondere Rolle bei diesen Manövern spielte der Ministerpräsident der baden-württembergischen Koalitionsregierung von CDU und SPD, Filbinger. Erst die Androhung von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes bereitete dem bösen Spiel der CDU/CSU im Bundesrat ein Ende. Vor dem Druck der Gewerkschaften kapitulizierte Filbinger und das Gesetz erhielt in zweiter Lesung im Bundesrat die Zustimmung.

Die Gewerkschafter in Baden-Württemberg werden sich allerdings Gedanken machen müssen über die Rolle des Koalitionspartners der CDU — die SDP — die in der entscheidenden Sitzung der Filbinger-Regierung nicht einmal den Mut fand, die Koalitionsfrage zu stellen, als sie bei der Abstimmung über die Haltung Filbingers von den CDU-Ministern überstimmt wurde.

Ausgehend von der Tatsache, daß die Gewerkschaften durch außerparlamentarische Aktionen die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat zwingen konnten, die Blockierung des BetrVG aufzugeben, muß man der Wochenzeitung der DKP, der „UZ“, beipflichten, wenn sie daraus folgert, daß bei größerer Aktivität der Gewerkschaften, beim Einsatz aller gewerkschaftlichen Möglichkeiten, ein besseres BetrVG vom Bundestag hätte erkämpft werden können. Man kann nicht umhin, festzustellen, daß der DGB und seine 16 Gewerkschaften, wie 1952, eine Möglichkeit vergaben, den Gesetzgeber zu zwingen, ein Gesetz zu verabschieden, das den Forderungen der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften gerecht wird.

Das BetrVG '72 ist kein „Zeichen für eine sich wandelnde Gesellschaft“, wie der DGB-Vorsitzende Vetter in

der „Welt der Arbeit“ schrieb — das Gesetz ist nur ein Beweis dafür, daß sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik nicht verändert haben; die bestehenden spätkapitalistischen Machtstrukturen haben sich vielmehr verfestigt.

Der Januar-Nummer der NACHRICHTEN liegt ein Sonderdruck bei, der

sich sachlich, aber kritisch mit dem BetrVG '72 befaßt. Er wird für die Kolleginnen und Kollegen in den Werkstätten und Büros eine erste Hilfe sein, sich mit dem neuen BetrVG auseinanderzusetzen und zu erkennen, wie das Gesetz für ihre Interessen genutzt werden kann. Die zeitige Veröffentlichung durch die NACHRICHTEN bekommt ihren besonderen Wert durch die bevorstehenden Betriebsratswahlen und die Wahlen der Jugendvertreter, die in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai bzw. im Mai/Juni nun nach der Verkündung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten auf Grund der neuen Bestimmungen durchgeführt werden.

Die geringen Vorteile, die das BetrVG gegenüber dem alten bietet, erfordern Betriebsräte, die sich mit Energie dafür einsetzen, aus dem Gesetz das Bestmögliche für die Interessen der Arbeiter zu machen, ohne sich von der auch im BetrVG '72 enthaltenen Formulierung von der „vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Betriebsrat“ abhalten zu lassen.

sr

Geldstau bei Rententrägern

Keine Notwendigkeit für Erhöhung der Beiträge

Nach den Vorausberechnungen der Bundesregierung wird das Vermögen der gesetzlichen Rentenversicherung Ende 1986 etwa 168 Milliarden DM betragen. Die CDU/CSU rechnet sogar mit einem Ansteigen des Vermögens bis 180 Milliarden DM. Welche der Zahlen auch stimmen mag, auf jeden Fall wird die Rentenversicherung 1986 über wesentlich mehr Geld verfügen, als noch vor einem dreiviertel Jahr vorausgerechnet wurde. Der finanzielle Spielraum für eine Verbesserung der Renten würde sich damit erweitern, und jede Rechtfertigung der schon beschlossenen Erhöhung des Beitragssatzes zum 1. Januar 1973 auf 18 Prozent würde entfallen.

Wenn die Versicherungsfachleute auf einer Tagung im November des vergangenen Jahres warnend darauf hingewiesen haben, daß Vermögen und Liquidität auch bei der gesetzlichen Rentenversicherung nicht gleichzusetzen sind, so haben sie damit natürlich recht. Wenn sie jedoch für 1975 in der Rentenversicherung der Arbeiter ein Defizit in Höhe von 2,8 Milliarden DM voraussagen, so liegt dem offenbar die Absicht zugrunde, im Interesse der privaten Versicherungswirtschaft die in dem Rentengesetzentwurf der Bundesregierung enthaltenen bescheidenen Verbesserungen zu blockieren.

Aber auch die Vorausberechnungen der Experten der Bundesregierung beruhen nicht auf einer soliden

Grundlage, denn ihre Basis ist die alles andere als sichere konjunkturelle Entwicklung der spätkapitalistischen Wirtschaft der Bundesrepublik. Wie wenig zuverlässig auf dieser Grundlage Prognosen entwickelt werden können, beweisen die großen Abweichungen in den Vorausberechnungen über die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherung, die in den letzten eineinhalb Jahren veröffentlicht wurden. Noch im Juni 1970 wurde für Ende 1985 mit einem Vermögen von 33,7 Milliarden DM gerechnet, im März 1971 dann mit 132,5 Milliarden DM und Ende 1971 zum Ablauf des Jahres 1986 mit 168 Milliarden DM.

Eine wirkliche solide Grundlage für die Entwicklung der Finanzen der Rentenversicherung wird erst dann möglich sein, wenn die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften durch volle Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft die Alleinherrschaft der Großunternehmer überwunden haben und in der Wirtschaft nicht mehr das Gesetz des höchstmöglichen Profites für eine kleine Schicht von Monopolherren dominiert. Und schließlich verbessert auch jede durchgesetzte Lohn- und Gehaltserhöhung die finanzielle Situation der Rentenversicherung, während Stagnation in der Lohnentwicklung, Rückgang der Beschäftigung, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sie verschlechtert.

A. B.

Gesundheitsschutz mangelhaft

Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums Arbeitssicherheit eine gesellschaftspolitische Aufgabe

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat den Regierungen der Bundesländer und den im Sozialbereich tätigen Verbänden einen Gesetzentwurf „zum Ausbau des arbeitsmedizinischen und technischen Gesundheitsschutzes im Betrieb“ zur Stellungnahme zugeleitet. Nach diesem Gesetzentwurf sollen Betriebe künftig verpflichtet werden, einen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst einzurichten. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Vorlage des Gesetzentwurfes begrüßt.

Wie dringend notwendig umfassende Maßnahmen für den vorbeugenden Gesundheits- und Unfallschutz der Arbeiter und Angestellten sind, hat der Bericht des Bundesarbeitsministeriums über die Arbeitsunfälle im ersten Halbjahr 1971 erneut bestätigt. Seit Jahren steigt die Zahl der Arbeitsunfälle und auch im ersten Halbjahr 1971 hat sich diese Tendenz, die der Bundesrepublik zu einer traurigen „Berühmtheit“ verholfen hat, fortgesetzt. Die Entwicklung der modernen Produktionstechnik ist in der Bundesrepublik nicht mit einer größeren Sicherheit am Arbeitsplatz verbunden, wie das vor allem in den sozialistischen Staaten, wie z. B. in der DDR, der Fall ist.

Gegenüber dem ersten Halbjahr 1970 ist im gleichen Zeitraum 1971 die Zahl der Arbeitsunfälle in den Betrieben um 1,7 Prozent, die der angezeigten Berufskrankheiten um 3,3 Prozent, und die Zahl der tödlichen Arbeits- und Wegeunfälle sowie tödlich verlaufenen Berufskrankheiten um fast 9 Prozent auf 3232 gestiegen. (Siehe „Unfallschutz mangelhaft“, NACHRICHTEN 11/1971)

Mit dem Gesetzentwurf soll erstmals in der Bundesrepublik der vorbeugende Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gesetzlich geregelt werden, wie das die Gewerkschaften seit langem fordern. Er enthält einen umfangreichen Aufgabenkatalog für Betriebsärzte (§ 5) und für die sicherheitstechnischen Fachkräfte (§ 9). Allerdings soll der Geltungsbereich des Gesetzes von vornherein auf Betriebe beschränkt werden, die in der Regel mehr als 20 Arbeitnehmer (einschließlich Lehrlingen) beschäftigen (§ 2). Für die Arbeiter und Angestellten in den vielen „kleinen Ruden“ würde der Gesundheits- und Unfallschutz nach diesem Entwurf also nicht verbessert.

Außerdem wird die Durchführung der in neun Punkten formulierten Aufgaben der Betriebsärzte in dem Gesetzentwurf bis auf zwei Punkte für alle Betriebe „vorerst“ ausgesetzt, die in der Regel nicht mehr als 500 Arbeiter und Angestellte beschäftigen (§ 5 Absatz 2). Diese drastische Einschränkung der arbeitsmedizinischen Betreuung wird in den Bemerkungen zum Gesetzentwurf damit begründet, daß

„die erforderlichen Betriebsärzte nicht zur Verfügung stehen“. Das ist ein regierungsamtliches Eingeständnis, wie sehr in der Vergangenheit — vor allem während der zwanzigjährigen CDU/CSU-Herrschaft in Bonn — die Förderung der Arbeitsmedizin und die Ausbildung von Arbeitsmedizinern vernachlässigt wurde.

Der Gesetzentwurf hat aber vor allem einen eklatanten Fehler, und das ist die beherrschende Stellung, die den Unternehmern bei der Verwirklichung des arbeitsmedizinischen und technischen Gesundheitsschutzes im Betrieb eingeräumt wird. So soll der Unternehmer nach dem Gesetzentwurf die Betriebsärzte und sicherheitstechnischen Fachkräfte entweder als Angestellte oder vertraglich „freie Mitarbeiter“ beschäftigen. Wenn er sich jedoch außerstande sieht, einen eigenen arbeitsmedizinischen Dienst einzurichten, kann er einer überbetrieblichen Einrichtung beitreten.

Dabei hat der Unternehmer die Wahl, mit anderen Unternehmern einen überbetrieblichen Dienst zu bilden oder den von Trägern der Unfallversicherung gebildeten arbeitsmedizinischen Dienst in Anspruch zu nehmen. Der Gesetzentwurf unterstellt ausdrücklich die Betriebsärzte und sicherheitstechnischen Fachkräfte direkt dem Unternehmer (§§ 7 und 12). Damit erübt sich in der Regel von selbst eine starke Abhängigkeit der Betriebsärzte und der Sicherheitsingenieure oder Techniker vom Unternehmer.

Der Gesetzentwurf weist den Betriebsärzten und Sicherheitsingenieuren zwar eine Reihe Beratungs- und Mitwirkungsfunktionen zu, jedoch keine Vollmachten. Er kann also keine im Interesse der Sicherheit der Arbeiter und Angestellten für notwendig erachteten Maßnahmen gegen den Willen des Unternehmers oder der Unternehmensleitungen (etwa gemeinsam mit dem Betriebsrat) durchsetzen.

Die Durchführung des Gesetzes muß nach dem Gesetzentwurf von den nach Landesrecht zuständigen Behörden überwacht werden (§ 15). Wie wenig von dieser Überwachung zu erwarten ist, wird aber aus den Bemerkungen zum Gesetzentwurf deutlich: 1969 hat-

ten 1597 Gewerbeaufsichtsbeamte 1,34 Millionen Betriebe mit 17,3 Millionen Beschäftigten zu überwachen. Selbst wenn sie ihre gesamte Arbeitszeit auf die Besichtigung und Kontrolle der Betriebe verwandt hätten, wären das im Durchschnitt pro Betrieb nur 130 Minuten gewesen. In Wirklichkeit steht den Beamten wegen der Erfüllung vieler anderer, sich aus der Verwaltung ergebenden Aufgaben nur ein Bruchteil ihrer Dienstzeit für die Überwachung der Betriebe zur Verfügung.

Für Verstöße gegen das Gesetz sind im Entwurf auch Strafen vorgesehen. Es ist kennzeichnend für den Charakter des Gesetzentwurfes, daß er Betriebsräten und sicherheitstechnischen Fachkräften Freiheitsstrafen androht, wenn sie „unbefugt“ ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbaren (§ 21), dem Unternehmer aber nur Geldstrafen, wenn er Auflagen des Gesetzes nicht nachkommt (§ 22).

Soll das neue Gesetz wirksamen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Gesundheitsschutz in den Betrieben und Verwaltungen gewährleisten, dann müssen grundsätzliche Änderungen am Entwurf durchgesetzt werden. Prinzipiell sollten die im Gesetzentwurf gestellten Aufgaben überbetrieblichen Diensten übertragen werden, die von den Unternehmern unabhängig entweder durch die Träger der Unfallversicherung oder bei voller Mitbestimmung der Gewerkschaften als selbstverwaltete gemeinnützige Einrichtungen zu bilden sind. Die arbeitsmedizinische Betreuung der Arbeiter und Angestellten könnte auch eingeleitet werden in den von den Gewerkschaften vorgeschlagenen einheitlichen sozialmedizinischen Dienst.

Den Betriebsräten muß bei der Durchführung der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Aufgaben das volle Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Die Kosten für alle notwendigen Aufwendungen sind dabei von den Unternehmern zu tragen. Die arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Dienste müssen über die notwendigen gesetzlichen Vollmachten verfügen, um mit Unterstützung der Gewerkschaften und der Betriebsräte alle zum Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiter und Angestellten notwendigen Maßnahmen in den Betrieben durchzusetzen.

Die Bildung gemeinschaftlicher überbetrieblicher Dienste ermöglicht auch die Einbeziehung der kleinen Betriebe in die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung. Selbstverständlich ist dafür die Ausbildung einer ausreichenden Zahl von Fachkräften, vor allem Arbeitsmedizinern, notwendig. Entscheidend ist aber, daß ein neues Gesetz die Allmacht der Unternehmer einschränkt und nicht länger den Profit, sondern das Wohl der arbeitenden Menschen an die erste Stelle setzt. A. Böpple

Thesen zur Vermögensbildung

NACHRICHTEN-Diskussion zur Gesellschaftspolitik Vermögensverteilung erfordert Gemeineigentum

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat in einem Ausblick auf die Gewerkschaftspolitik 1972 (Welt der Arbeit, 31. 12. 71) drei große gesellschaftspolitische Ziele genannt, deren Verwirklichung der DGB im neuen Jahr näher kommen will: „Gleichberechtigte Mitbestimmung“, „gleiche Bildungschancen für alle“ und „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsvermögen“. Zum letzteren hatte der DGB-Bundesvorstand bereits Mitte November 1971 fünf Thesen verabschiedet, die gegenwärtig in den Gewerkschaften diskutiert werden.

Die Thesen des DGB zur Vermögensbildung haben folgenden Wortlaut:

„1. Der DGB fordert die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Vermögenszuwächsen von Unternehmern ab einer bestimmten Gewinnhöhe. Das Beteiligungsaufkommen soll in der Anfangszeit 4 bis 6 Mrd. DM jährlich betragen. Die Leistungen nach dem dritten Vermögensbildungsgesetz dürfen nicht auf die gesetzliche Ertragsbeteiligung angerechnet werden.

2. Die Unternehmen sollen die Gewinne in Form von Beteiligungswerten, ausnahmsweise auch durch Schuldverpflichtungen oder Barmittel, abführen.

3. Die Anteile, Schuldverpflichtungen und Barmittel sind an dezentral gegliederte, nicht miteinander konkurrierende Fonds weiterzuleiten. Die Fonds geben unentgeltlich wertgleiche und verzinsliche Zertifikate an alle Arbeitnehmer aus, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen 24 000 DM (Verheiratete: 48 000 DM) nicht übersteigt.

4. Die Fonds werden von den Arbeitnehmern unter Beteiligung des öffentlichen Interesses selbst verwaltet. Die Fonds müssen zu diesem Zweck in der Rechtsform der Anstalt oder Körperschaft des öffentlichen Rechts oder als Stiftung gegründet werden.

5. Um eine Rekonzentration zu vermeiden, ist zu gewährleisten, daß die Zertifikate von den Arbeitnehmern nur unter bestimmten Voraussetzungen verkauft oder beliehen werden können.“ (Welt der Arbeit, 26. 11. 1971)

Mit diesen Thesen verlangt der DGB-Bundesvorstand eine „gesetzliche Ertragsbeteiligung“ der Arbeiter und Angestellten an den Vermögenszuwächsen der Unternehmer. Angeblich sollen damit die „Arbeitnehmer am Produktionsvermögen“ beteiligt und soll das Machtmonopol von 1,7 Prozent der privaten Haushalte, die über 74 Prozent des gesamten Produktionsvermögens verfügen, eingeschränkt werden. Wenn auch in den Thesen mit der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten und den überbetrieblichen Fonds gewisse neu-

artige Elemente enthalten sind, so ist es nicht möglich, auf diesem Wege die bestehenden großkapitalistischen Herrschaftsstrukturen zu beseitigen. Vielmehr bergen diese Thesen die Gefahr in sich, Illusionen in die Arbeiterschaft zu tragen, als könnten die Lohnabhängigen damit zu Teilhabern am Eigentum an den Produktionsmitteln werden und Verfügungsgewalt darüber erhalten.

Der Auftrag des nach wie vor gültigen DGB-Grundsatzprogramms — „der Anspruch der Arbeitnehmer an dem bereits gebildeten Vermögen bleibt aufrecht erhalten“ (siehe Dokumente der Gewerkschaften, NACHRICHTEN-Verlag, Frankfurt am Main 1970, S. 17) — blieb in den Thesen ebenso unberücksichtigt wie der untrennbare Zusammenhang einer den

Diskussion über Vermögensbildung

NACHRICHTEN haben sich in der Vergangenheit mehrfach mit Problemen der Vermögensbildung beschäftigt und insbesondere auf dem Arbeiterseminar '71 im Februar vergangenen Jahres dazu Stellung genommen. Mit diesem Beitrag zu den DGB-Thesen wollen wir die Diskussion fortsetzen und bitten um weitere Meinungsäußerungen, die wir gerne veröffentlichten.

D. Red.

Arbeiterseminar '71

Eine von Klasseninteressen geprägte Stellungnahme zur Vermögensbildung ist in dem vom NACHRICHTEN-Verlag herausgegebenen Taschenbuch „Arbeiterseminar '71“ enthalten.

„Arbeiterseminar '71 — Eigentum, Mitbestimmung, Systemveränderung“, 214 S., 6,— DM.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim NACHRICHTEN-Verlag, 6 Frankfurt am Main 60, Friedberger Landstr. 307.

Klasseninteressen dienenden Vermögensbildung mit einer echten Mitbestimmung und der Überführung der Großbetriebe in Gemeineigentum.

Durch diese grundlegenden Mängel dienen die Thesen in der vorliegenden Form nicht der vom DGB-Grundsatzprogramm geforderten Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern helfen objektiv mit, das bestehende Profitsystem effektiver zu machen und dem Beispiel eines sozialistischen Volkseigentums — wie etwa in der DDR — entgegenzuwirken.

Offensichtlich wollen führende Kräfte im DGB mit Hilfe dieser Thesen zur Vermögensbildung die Tendenzen zur Eingliederung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaft in das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem verstärken und dafür eine ökonomische Grundlage in Form der versprochenen Anteilscheine (Zertifikate) geben. Zugleich will man damit auch den Kurs der sozialdemokratischen Regierungspolitik unterstützen, der noch stärker auf eine Systemstabilisierung ausgerichtet ist.

Trotz dieser negativen Aspekte ergeben die Thesen zugleich Anknüpfungspunkte für eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeiter und Angestellten. Sie widerspiegeln die große Unzufriedenheit der Lohnabhängigen mit der skandalösen Verteilung des von den Werktätigen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtums. Die Forderungen zur Vermögensbildung sollten sich aber nicht darauf beschränken, daß die Unternehmer lediglich einen Bruchteil ihrer Gewinne an überbetriebliche Fonds abzuführen haben und obendrein noch auf die Preise abwälzen können.

Die ungerechte Vermögensbildung und die damit verbundene Ausübung ökonomischer und politischer Macht in den Händen der Großkonzerne kann nur eingeschränkt und überwunden werden, wenn die Gewerkschaften durch breite Massenaktionen für die Vergesellschaftung der Großkonzerne sowie für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle eintreten. Nur ergänzend zu diesen antimonopolistischen Reformen können Vorschläge, wie sie in den DGB-Thesen enthalten sind, die Positionen der Arbeiterklasse verbessern.

Die zum ersten Male vom DGB offiziell geforderten Fonds könnten beispielsweise dann für die Arbeiter nützlich sein, wenn die dort zusammenfließenden Gewinnanteile ausschließlich im Arbeiterinteresse eingesetzt werden. Dazu wäre allerdings ein zentraler Fonds notwendig. Angesichts der zunehmenden Kapitalkonzentration würden es die Superkonzerne leicht haben, die in den vorgesehenen dezentralisierten Fonds zu-

Konzerne und Umweltschutz

Außer Gerede über Umweltschutz geschieht nicht viel Der Verbraucher soll alle Kosten übernehmen

Immer mehr westdeutsche Konzerne beschäftigen sich in der letzten Zeit unter den verschiedensten Aspekten mit der Frage des Umweltschutzes. Die bisher erreichten Umweltschädigungen und die in der nächsten Zeit zu erwartenden Entwicklungen drohen auch negative Folgen für die Kapitalverwertung an. Vor allem aber wird immer deutlicher, daß sich in den Diskussionen über die Umweltverschmutzung ein wachsender Teil der Bevölkerung über den Urheber derselben, das Großkapital, klar wird und sich im Zusammenhang damit die Notwendigkeit ergibt, gewerkschaftliche Forderungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Da sich auch der Staat gezwungen sieht, nach solchen skandalösen Vorfällen, wie der Ablagerung von mehreren tausend Tonnen arsen- und bleivergiftetem Kalkschlamm auf Müllkippen in Nordrhein-Westfalen und Nie-

sammenfließenden Mittel für ihre Profitinteressen zu mißbrauchen.

Die Thesen des DGB-Bundesvorstandes bedürfen einer Erweiterung mit den genannten grundlegenden Reformen und sollten im Interesse der Arbeiterklasse konkretisiert werden. Eine Grundlage dafür bietet ein Beschluß der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz vom November 1971, in dem als Alternative zum „kapitalistischen Wirtschaftssystem“ u. a. gefordert wurde, „...in Übereinstimmung mit der Aufgabenstellung des Grundgesetzes und entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm die Großbetriebe, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen (z. B. private Großbanken und private Versicherungen sowie die Grundstoffindustrien, die Mineralölindustrie, die chemische Industrie, die Elektroindustrie, die elektronische Industrie), in Gemeineigentum zu überführen. Monopole und Kartelle müssen der öffentlichen Kontrolle unterliegen, um einen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern... Verwirklichung der vollen paritätischen Mitbestimmung sowohl in Haupt- bzw. Gesellschaftsversammlungen als auch in den Aufsichtsratsgremien und Vorständen sowie Geschäftsführungen.“

Diese Forderungen sollten in die Diskussion über die Vermögensbildung mit einbezogen werden und in Anträgen an den 9. ordentlichen DGB-Bundeskongreß vom 25. Juni bis 1. Juli 1972 ihren Niederschlag finden. Viele Gewerkschafter erwarten, daß dieser Kongreß zu den DGB-Thesen Stellung nimmt und Beschlüsse zur Vermögensbildung faßt, die den Forderungen und Wünschen der Arbeiterschaft entsprechen.

Werner Petschick

dersachsen, bestimmte Aktivitäten in Gang zu setzen und als erstes ein Abfallbeseitigungsgesetz vorzubereiten, fühlt sich das Großkapital ebenfalls zu erhöhter Aktivität aufgerufen. Eines der jüngsten Beispiele dafür zelebrierte der Düsseldorfer Waschmittel-Konzern Henkel (Persil). In einem „Gespräch mit dem Nachbarn“ wurden nicht nur einige Werbefilme gezeigt, sondern Herr Saubermann persönlich erklärte auch bei dieser Gelegenheit, daß es weißer nun wirklich nicht mehr gehe: Henkel, so wurde mitgeteilt, habe im vergangenen Jahr allein 15 Millionen DM für den Umweltschutz ausgegeben.

Bei der Aufschlüsselung stellte sich aber heraus, daß es sich bei dieser Summe um die Ausgaben für schalldämpfende Isolierungen bei Neubauten, für Mülldeponierung und -verbrennung sowie für die Reinigung der Werksabwässer entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen handelte, also um Kosten, die im Preis der Waschmittel an den Verbraucher weitergegeben wurden.

Propaganda mit der angeblichen Umweltfreundlichkeit des Unternehmens wird übrigens auch für eine überaus wirksame Reklame gehalten. Allerdings dürfen die Aufwendungen für diese Zwecke nicht an den Profit rühren. Auf der letzten Hauptversammlung der Farbenfabriken Bayer AG erklärte zum Beispiel der Vorstandsvorsitzende dieses Konzerns, Professor Kurt Hansen, daß die Chemiekonzerne gar nicht daran denken, aus ihren Gewinnen wirkungsvolle und deshalb finanziell aufwendige Vorhaben des Umweltschutzes zu finanzieren: „Eine saubere Umwelt kostet nicht nur Geld, sie kostet sogar sehr viel Geld. Bei aller Begeisterung für den Umweltschutz gilt es indessen, sich vor Übereifer zu hüten, denn eine solche Übertreibung muß die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Bayer gefährden.“

Ähnlich argumentieren andere Großunternehmen. Höhere Belastungen würden zu Einschränkungen von Investitionen führen, diese wiederum zu volkswirtschaftlichen Wachstumsverlusten und alles das zusammen zu einer Verlangsamung des technischen Fort-

schritts und damit letzten Endes zu einer Verminderung des Wohlstands. Als Ausweg aus diesem Teufelskreis sieht man hier nur eine Möglichkeit — der Verbraucher soll eben mehr bezahlen.

So erklärte zum Beispiel der als „Experte“ geladene Vorstandsvorsitzende Lippmann von der AG der Gerresheimer Glasindustrie bei der Anhörung des Bundestags-Innenausschusses zum Abfallbeseitigungsgesetz im November 1971, eine mehrmalige Verwendung von Flaschen sei wegen der damit verbundenen Reinigung unwirtschaftlich. Als einen Dienst am Fortschritt müsse es dagegen angesehen werden, wenn Einwegflaschen aus dem Müll sortiert, in Spezialmühlen mehlklein gemahlen und dann weiterverwendet würden — „vielleicht sogar zur Glasherstellung“.

Worum es hierbei wirklich geht, nämlich um steigende Aufträge für nur einmal zu benutzende Flaschen an die Glasindustrie sowie die Verlagerung dieser Produktionskosten auf die Allgemeinheit, haben die Brauereien schon vor einiger Zeit deutlich gemacht. Als sie sich auf Einwegflaschen umstellten, wofür die Verbraucher übrigens mit einem höheren Preis belastet wurden, um damit gleichzeitig das bis dahin praktizierte Säuberungsverfahren aus Rationalisierungsgründen einzusparen, entstand allein in Hamburg ein zusätzlicher Müllanfall von 300 Millionen Einwegflaschen.

Um diesen Müllberg zu beseitigen, waren 58 000 Müllgefäße zu je 110 Liter, 23 Müllwagen und 140 neu anzustellende Arbeitskräfte bei der Müllabfuhr notwendig. Wider besseres Wissen bezeichnete allerdings die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ am 15. 10. 1971 die Kommunen als die „größten Umweltsünder“, da sie „weder mit ihren Kläranlagen noch mit ihren Müllkippen den modernen Anforderungen entsprechen“.

Zweifelsohne kann auch bei den kommunalen Einrichtungen noch manches verbessert werden, die „größten Umweltsünder“ aber sind nicht dort zu finden, sondern unter den Unternehmen des Großkapitals. Man redet gern über den Umweltschutz, um nicht in den Geruch von Umweltsündern zu kommen, weil dies negative Auswirkungen auf den Absatz haben könnte (typisch dafür der Shell-Slogan „Reinere Luft und mehr Kilometer“), jongliert mit Zahlen, um dem Verbraucher zu suggerieren, daß bestimmte Preiserhöhungen sein Tribut an die Umweltfreundlichkeit seien und setzt gleichzeitig die staatlichen Behörden aller Ebenen unter Druck, entweder mit ihren Auflagen nachgiebiger zu sein, bestimmte Kosten selbst zu übernehmen, oder aber in Kauf zu nehmen — so der Bundesvorstand der Industrie —, daß bestimmte Betriebe in Regionen billigerer Arbeitskräfte oder leichterem Umweltschutzbedingungen an- oder umgesiedelt werden.

L. K.

„Gastarbeiter“ oder Kollege?

Zur Lage der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik Importierte Arbeitskraft — ausgebeutet und politisch rechtlos

Der Lohnkampf der Metallarbeiter in Baden-Württemberg bot ein internationales Bild. Gemeinsam mit den deutschen Kollegen standen türkische, spanische, italienische und griechische Arbeiter Streikposten. Auch von den Aussperrungen waren deutsche und ausländische Arbeiter gleichermaßen betroffen. Die ausländischen Kollegen gehören heute zum Bild der Arbeitswelt. Mehr als zwei Millionen Ausländer arbeiten in der Bundesrepublik, davon 80 Prozent allein in der Industrie, vor allem in den großen Konzernen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In vielen dieser Großunternehmen stellen sie schon ein Drittel bis die Hälfte aller Lohnempfänger. Bis 1980 soll der Arbeitskräfteimport nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit noch steigen. Welche Probleme ergeben sich daraus für den Kampf der Arbeiterklasse der Bundesrepublik um ihre sozialen und politischen Rechte?

Die westdeutsche Industrie kann ihre Produktion in dem gegebenen Umfang nicht mehr aufrechterhalten ohne ausländische Arbeitskräfte. Die Verwertung ausländischer Arbeitskraft erschließt dem Monopolkapital außerdem eine weitere Quelle der Mehrwertproduktion, eine Quelle erhöhten Profits. Die Vorteile der Ausländerbeschäftigung bestehen für das Monopolkapital nicht nur darin, daß es beliebig über unverbrauchte Arbeitskraft im produktiven Alter verfügen kann. Diese Arbeitskraft kann auch noch billig eingekauft werden. Denn die ausländischen Kollegen müssen die am schlechtesten bezahlte, in der Regel schwerste und schmutzigste Arbeit verrichten. Die Kosten für ihre Ausbildung sind gering, ebenso die Aufwendungen für Sozialleistungen und Unterhalt der Familien.

In Zeiten der Konjunktur sind sie leicht und schnell verfügbar, bei Rezessionen können sie eher „freigesetzt“ werden. Im ökonomischen Sinne erfüllen die ausländischen Arbeiter einmal die Funktion der traditionellen industriellen Reservearmee. Zum anderen konzentriert sich auf sie zu einem wachsenden Teil die nichtqualifizierte Arbeit in der materiellen Produktion. Im politischen Sinne sollen sie mißbraucht werden zur Spaltung der Arbeiterklasse der Bundesrepublik (z. B. als Streikbrecher usw.) sowie zur Verhinderung von Unruhen und sozialen Kämpfen im Lande. Bei anstehenden Massenentlassungen können aufbegehrende ausländische Arbeiter z. B. aus der Bundesrepublik ausgewiesen werden, die deutschen Arbeiter jedoch nicht.

Daraus geht hervor, daß das Monopolkapital nicht nur durch Kapitalexport, sondern auch durch zunehmenden Import ausländischer Arbeitskraft das Ausbeutungsverhältnis sichtbar internationalisiert. Die Arbeiterklasse muß daraus die Konsequenzen ziehen für ihre eigene Strategie. Das heißt: Die ausländischen Arbeiter sind Teil der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, denn sie werden wie die deutschen auch vom hiesigen Monopol-

kapital ausgebeutet. Unterschiede in Sprache, Mentalität und Lebensgewohnheiten erschweren zwar Verständigung und Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Kollegen. Im Interesse der deutschen und ausländischen Arbeiter müssen diese Schwierigkeiten jedoch überwunden werden. Die Hauptaufgabe besteht darin, die ausländischen und deutschen Arbeiter zum einheitlichen Kampf für ihre gemeinsamen Klasseninteressen zusammenzuführen.

Die Vereinheitlichung der Bestrebungen und Aktionen der ausländischen und der deutschen Arbeiter innerhalb der Bundesrepublik erfordert die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller Arbeiter ungeachtet ihrer Nationalität. Das Ausmaß von sozialer Benachteiligung und politischer Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter kann hier nur angedeutet werden. So ist die Wohnungsmisere für „Gastarbeiter“ am größten. Benachteiligt werden sie bei der Vergabe von Sozialwohnungen. Der Bildungsnotstand hat für die Kinder der ausländischen Arbeiter katastrophale Folgen. Diese Kinder sind in der Mehrzahl schon heute zu einem Leben als Hilfsarbeiter verurteilt.

Neben die verstärkte Ausbeutung im Betrieb und die soziale Benachteiligung tritt für die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik noch die völlige politische Rechtlosigkeit. Ihnen wird nicht nur das Wahlrecht verweigert, sondern bei politischer Betätigung droht ihnen jederzeit die Ausweisung. Ihr Aufenthaltsrecht basiert zu 80 Prozent lediglich auf der Arbeitserlaubnis für einen bestimmten Betrieb oder eine bestimmte Tätigkeit. Sie dürfen sich ausbeuten lassen, solange es den Unternehmern paßt. Darüberhinaus sind sie unerwünscht.

Nicht jeder ausländische Arbeiter erkennt diese Lage in der neuen, für ihn fremden Umgebung. Denn für viele von ihnen ist die Vermittlung eines Arbeitsplatzes in der Bundesrepublik verbunden mit einer zeitweiligen Verbesserung ihrer Lebens-

lage. Auch die deutschen Arbeiter verkennen oft aus Vorurteilen oder Angst vor der Konkurrenz um den Arbeitsplatz die Situation ihrer ausländischen Kollegen.

Gerade deshalb ist es notwendig zu sehen, daß der Kampf um die soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen mit den deutschen Arbeitern Teil des antimonopolistischen Kampfes in der Bundesrepublik ist. Die Verwirklichung dieser Forderung führt zur Einschränkung der Macht der Monopole, denn ein Teil ihrer Macht beruht gerade auf der unterschiedlichen Behandlung der deutschen und ausländischen Arbeiter.

Der Kampf um die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter kann erfolgreich nur von den deutschen und ausländischen Arbeitern gemeinsam geführt werden. Erste Schritte können dadurch getan werden, daß die ausländischen Kollegen in allen Gremien im Betrieb und in der Gewerkschaft die gleichen Rechte wahrnehmen dürfen wie die deutschen. Nachdem die ausländischen Arbeiter durch das neue Betriebsverfassungsgesetz nun auch das passive Wahlrecht zum Betriebsrat besitzen, müssen wir darum kämpfen, daß dieses Recht auch Realität wird. Auf den Einheitslisten der Gewerkschaften müssen die ausländischen Kollegen ausreichend vertreten sein.

Eine weitere Form der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Kampfes von ausländischen und deutschen Arbeitern ist in Köln entstanden. Im Frühjahr 1971 haben sich 13 Organisationen, die türkische, spanische, griechische und italienische Arbeiter vertreten, zu einem Internationalen Arbeiterkomitee IAK zusammengeschlossen, um gemeinsam mit den deutschen Arbeiterorganisationen den Kampf zu führen.

Das IAK hat in einem Manifest die Situation der ausländischen Arbeiter dargelegt, die politischen, ökonomischen und sozialen Ziele formuliert und erste Schritte im gemeinsamen Kampf getan. Das IAK versteht sich nicht als eine Konkurrenz zu den Gewerkschaften. Im Gegenteil: Es wirkt unter den ausländischen Arbeitern besonders dahin, sich möglichst geschlossen in den DGB-Gewerkschaften zu organisieren.

Diese ersten Schritte zur Vereinigung verschiedener nationaler Arbeitergruppen in der BRD zum gemeinsamen Kampf für ihre Rechte sind gleichzeitig ein wichtiger Ansatz zur Herstellung der Aktionseinheit unter den deutschen Arbeitern. Denn das Beispiel der ausländischen Arbeiter, deren sozialistische, kommunistische Parteien, Jugendorganisationen und Gewerkschaften im IAK vereint sind, beweist die Möglichkeit des gemeinsamen Kampfes von Kommunisten und Sozialdemokraten und fördert dadurch das einheitliche Handeln der deutschen Arbeiter.

Heinz Humbach

Jetzt Gewerkschaftswahlen

Gewerkschaften in der DDR wählen neue Leitungen Wahlvorbereitung im Zeichen der Aufgabenstellung

Im Dezember beginnen in der DDR die Gewerkschaftswahlen. 7,2 Millionen Mitglieder des FDGB wählen in der Zeit bis Ende Mai ihre Funktionäre, Leitungen, Vorstände und die Delegierten des 8. FDGB-Kongresses, der am 26. Juni 1972 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zusammentritt. Aus diesem Anlaß sandte uns Claus Friedrich, unser DDR-Korrespondent, folgenden Bericht:

Die 15. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes hat mit ihren Beschlüssen die politischen und organisatorischen Grundlagen für die Wahlen in Übereinstimmung mit den Festlegungen der Satzung geschaffen. Die Gewerkschaftswahlen sind nicht allein ein innergewerkschaftliches Ereignis, ein Erfordernis der innergewerkschaftlichen Demokratie. Sie sind Wahlen in Gewerkschaften, die die sozialistische Gesellschaft errichten helfen, für ihre ständige Vervollkommenung eine große Verantwortung tragen und aktiv dafür tätig sind. Sie sind demzufolge eingebettet in die Bemühungen, die vom VIII. Parteitag der SED ausgearbeitete Grundlinie für die weitere Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft mit allen Werktätigen, im Interesse aller Werktätigen zu verwirklichen. Zu dieser Grundlinie zählt vor allem, die führende Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft stärker auszunutzen. Daher besteht auch der Hauptinhalt der Gewerkschaftswahlen darin, unablässig und konsequent dafür zu sorgen, daß die Arbeiterklasse mit Hilfe der Gewerkschaften immer entschiedener Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung nimmt.

Im gegenwärtigen Entwicklungsabschnitt der DDR geht es um die Verwirklichung des Fünfjahresplanes 1971/75. In ihm sind die entscheidenden Bedingungen für den weiteren ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Fortschritt zusammengefaßt. Die Hauptaufgabe dieses Planes liegt in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.

Da die Werktätigen der DDR sowohl Produzenten als auch sozialistische Eigentümer der Produktionsmittel sind und die Hauptaufgabe ihre vitalen Interessen ausdrückt, wird die Verwirklichung dieser Aufgabe zum Kernstück gewerkschaftlicher Interessenvertretung. „Das wichtigste Anliegen der Gewerkschaftswahlen“, so erklärte der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, auf der 15. Tagung, „besteht in der weiteren Erhöhung der Aktivität der Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiter-

klasse, für die Meisterung der Hauptaufgabe.“

Die Gewerkschaften des FDGB haben im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus für die praktische und direkte Einwirkung und Einflußnahme der Arbeiterklasse und aller Werktätigen auf die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung vielfältige Methoden und Formen ihrer Tätigkeit entwickelt, die allen Werktätigen die Möglichkeit schöpferischer Mitarbeit, des Mitplans und Mitregierens eröffnen. Der sozialistische Wettbewerb steht dabei an erster Stelle.

Die damit zusammenhängenden Probleme werden schon bei den Wahlversammlungen vor allem in den Gewerkschaftsgruppen eine große Rolle spielen. Jede Gewerkschaftsgruppe, alle dort zur Wahl oder Wiederwahl stehenden Funktionäre — der Vertrauensmann, der Sozialbevollmächtigte, der Arbeitsschutzbeauftragte, der Kulturohrmann und der Sportorganisator — sind mit der Aufgabe konfrontiert, mit ihren Kollegen aus der Hauptaufgabe, der weiteren Erhöhung des Lebensniveaus, ein konkretes eigenes Arbeitsprogramm abzuleiten.

Dabei handelt es sich nicht nur um die ökonomischen Fragen. Die Hauptaufgabe schließt alle Lebensbereiche ein. Dazu der stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Wolfgang Beyreuther: „Das besagt, daß wir bei allem was wir tun, vom Menschen und seinen materiellen und kulturellen Bedürfnissen ausgehen müssen. Diese Grundeinstellung im Denken und Handeln sollte vor allem mit den Gewerkschaftswahlen unsere Tätigkeit bestimmen.“

Die Qualität der Gewerkschaftswahlen wird daran zu messen sein, wie es in den Gruppen, die ja das Fundament der Gewerkschaftsarbeit sind, gelingen wird, den engen Zusammenhang zwischen Ziel und Weg der Hauptaufgabe jedem Gewerkschaftsmitglied verständlich zu machen, Schlussfolgerungen für den eigenen Verantwortungsbereich zu ziehen und in Verbindung damit in Formen und Methoden der Gewerkschaftsarbeit — von der Produktionsberatung, dem Haushaltsbuch und anderen Instrumenten der Wettbewerbsführung angefangen bis hin zur Arbeit der Konfliktkommissionen oder der Tätigkeit des Feriendien-

stes — so zu vervollkommen, daß die Aktivität der Mitglieder den größtmöglichen Nutzen bringen kann.

Die Gewerkschaften der DDR sind nicht nur Schulen der Wirtschaftsführung, sondern zugleich Schulen des Sozialismus. Für den Inhalt der Wahlversammlungen folgt daraus, daß die grundsätzlichen Lebensfragen des Volkes der DDR erörtert werden. Die stabile Entwicklung des sozialistischen Staates, seine sichere Zukunft durch den Ausbau der Zusammenarbeit mit der UdSSR und die noch festere Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft, die Sicherung des Friedens für das sozialistische Aufbauwerk, der Beitrag der DDR für die Sicherheit in Europa — an diesen Fragen wird keine Gewerkschaftsgruppe vorbeigehen.

Das gilt auch in bezug auf die Hoffnungen gewisser Kreise im Westen, die derzeitige politische Konjunktur dafür ausnutzen zu können, die Positionen des Sozialismus in der DDR zu schwächen. Wenn die Politik der friedlichen Koexistenz in Europa Fortschritte machte, dann vor allem im Ergebnis der Friedensoffensive des Sozialismus. Aber diese Fortschritte haben in keiner Weise den Grundgedanken auf, der zwischen den einander gegenüberstehenden gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen besteht. Deshalb gehört auch zum Inhalt der gewerkschaftlichen Wahlversammlungen die Aufdeckung des wirklichen Wesens des Imperialismus, seiner Ziele und seiner Strategie und Taktik, die konsequente Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie. C. F.

Zehntausende Gruppen wählten gleich am Anfang

Noch im Dezember 1971, dem Monat des Beginns der Gewerkschaftswahlen in der DDR, haben mehrere zehntausend Gruppen die Wahl ihrer Leitung durchgeführt. Am 14. Dezember berichtete das FDGB-Organ „Tribüne“, daß schon 50 000 Gewerkschaftsgruppen, das seien 25 Prozent, die Gruppenfunktionäre gewählt hatten. Ein großer Teil der Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem die Vertrauensleute, seien aufgrund ihrer guten Arbeit in der abgelaufenen Wahlperiode wiedergewählt worden.

Im Mittelpunkt der Wahlversammlungen, heißt es in dem „Tribüne“-Bericht weiter, standen Fragen im Zusammenhang mit den Wirtschaftsplänen. „Es wird eine sachliche und offene Diskussion geführt. Neben kritischen Bemerkungen, vor allem zum Produktionsablauf, zur Materialbereitstellung, zur ungenügenden Information durch die Betriebsleiter wurden gute Vorschläge vor allem zur Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung und der weiteren Nutzung der Neuerervorschläge unterbreitet.“

DDR: Über die Tätigkeit der „Ständigen Produktionsberatung“ Organ der Gewerkschaft nimmt Einfluß auf die Produktion

Das Jahr 1971 war für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion erfolgreich. Wie die Rechte von den Sowjetbürgern heute wahrgenommen werden, zeigten zum Beispiel die Wahlen in diesem Jahr. Viele Millionen Menschen nahmen an den Wählerversammlungen im ganzen Land teil. Neun Millionen Sowjetbürger beteiligten sich aktiv an der Wahlvorbereitung. Die gewählten Volksvertreter kommen aus 37 Nationalitäten. Die Hälfte von ihnen sind Arbeiter oder Bauern. Das Netz der Sowjets wurde dichter; seit den Wahlen 1971 werden 93 000 Abgeordnete mehr als früher gezählt, was durch das Entstehen neuer Stadtteile und Siedlungen bedingt ist.

Unentbehrlich im Rahmen der sozialistischen Demokratie sind die Ständigen Kommissionen, die für die ununterbrochene Tätigkeit der Volksvertretungen sorgen; die Deputiertengruppen in den Betrieben und Kolchosen; die Beiräte der Sowjets und die vielen anderen ehrenamtlichen Mitarbeiter, deren Zahl sich auf 25 Millionen beläuft. Hierzu gehören nicht zuletzt die Volkskontrollgruppen, die im Dezember 1971 ihre Wahlen beenden.

Staatsbürger deutscher Nationalität in Ungarn

In 220 Gemeinden der 16 ungarischen Komitate (Bezirke) leben rund 220 000 Staatsbürger deutscher Nationalität. 80 Prozent von ihnen arbeiten in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder Staatsgütern. Den ungarischen Staatsbürgern deutscher Nationalität stehen 126 Grundschulen und drei Gvmnasien — in Budapest, Pécs und Baja — zur Verfügung, in denen ca. 10 000 Schüler lernen. In den 31 Kindergärten sind 12 000 Kinder untergebracht. Bei der Weiterbildung von Fachlehrern leistet die DDR Hilfe, indem sie Sprachlehrer entsendet und Lehrbücher zur Verfügung stellt.

Umweltschutz wird praktiziert

Im Rahmen der Maßnahmen des Umweltschutzes wurden in der DDR in den letzten vier Jahren rund 10 000 ha Boden, den der Braunkohlenbergbau beansprucht hatte, wieder urbar gemacht und als land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche zurückgewonnen. Um für die Volkswirtschaft ausreichend Wasser bereitzustellen und den Hochwasserschutz zu verbessern, wurde mit Talsperren und Rückhaltebecken ein Speicherraum von 47 Millionen Kubikmeter geschaffen. In der gleichen Zeit (1967—70) entstanden neue Kläranlagen mit einer Tageskapazität von 382 000 Kubikmetern.

Was sind die Ständigen Produktionsberatungen? Die Gewerkschaften der DDR befassen sich mit ihnen jetzt, in der Zeit der Gewerkschaftswahlen, in besonderem Maße. Das hat seinen guten Grund. Denn bei den Produktionsberatungen, die auf der Grundlage direkter Wahlen in den Betrieben gebildet werden, handelt es sich um eines der wichtigen gewerkschaftlichen Organe, über die die Werktätigen ihren Einfluß auf Betrieb und Wirtschaft realisieren.

Ständige Produktionsberatungen werden in jedem sozialistischen Betrieb gewählt, bei Großbetrieben in jeder Abteilung, wobei neben diesen Abteilungsorganen noch eine zentrale Ständige Produktionsberatung für den Gesamtbetrieb existiert. Sie arbeiten unter der Regie der Abteilungsgewerkschaftsleitung (AGL) bzw. der Betriebsgewerkschaftsleitung. Diese Gremien spielen schon seit langem in der Gewerkschaftsarbeit eine spezifische Rolle, man muß jedoch sagen, daß sie in der Vergangenheit nicht überall entsprechend ihrer Bedeutung eingeschätzt wurden.

Anknüpfend an die positiven Ergebnisse, die die richtig entwickelte Tätigkeit der Produktionsberatungen zeitigte, wurde dieses Organ der Werktätigen bei der Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der DDR (1968) in Zusammenhang mit den Rechten der Gewerkschaften ausdrücklich in der Verfassung (Artikel 44) erwähnt. Jetzt, auf der 15. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes, wurde auf der Grundlage weiterer Erfahrungen und der neuen Aufgaben ein Beschluß gefaßt, der ihre Aufgaben und ihre Arbeitsweise eindeutig regelt.

Der Beschluß geht von folgendem aus: „Die von den Gewerkschaften geleiteten Ständigen Produktionsberatungen haben sich zu wirksamen Organen der konkreten Mitwirkung der Arbeiter an der Leitung und Planung der Produktion und der Betriebe entwickelt. In ihnen sammeln die Arbeiter, die Angestellten, Ingenieure und Wissenschaftler eigene Erfahrungen der unmittelbaren Machtausübung der Arbeiterklasse und der Verwirklichung der sozialistischen Demokratie.“

Um das Wesen der Sache klar zu machen, wollen wir in die Praxis der Arbeit der Ständigen Produktionsberatung im Werk Plauen des Metallleichtbaukombinates hineinblicken. Auch für sie gilt der Grundsatz, von dem für das Betriebsklima jedes sozialistischen Betriebes viel abhängt: Die Verantwortung des Arbeiters für den sozialistischen Betrieb ist kein abstraktes Prinzip. Die Idee, die Überlegung, die er zur Lösung der im Plan fixierten betrieblichen Aufgaben beisteuert — ob klein oder groß —, steht nicht nur schlechthin im gleichen Rang wie die des Vorgesetzten oder des mit Diplomen ausgestatteten In-

genieurs. Sie muß vielmehr eingeordnet werden als besonderer individueller Akt der Teilnahme an der Leitung und Planung des Betriebes.

Nun sind zwar in der DDR die alten bürgerlichen, auf die Erhaltung exklusiver Führungsprivilegien zielenden Elitenvorstellungen ausgeräumt. Das ist ja eine grundlegende Bedingung für Demokratie. Aber es stellt sich im Blick auf den Betrieb die ganz praktische Frage, wie die Vorschläge der Arbeiter unter weitestgehender Ausschaltung von Zufälligkeiten organisiert und systematisch zur Geltung gebracht werden.

Ein Beispiel aus dem erwähnten Plauener Werk: Die Arbeiter ärgerten sich über den oft stockenden Teiledurchlauf. Das drückte auf die Arbeitsproduktivität, der Plan kam in Gefahr, weil irgendein Kleinteil nicht rechtzeitig vorhanden war, und das bedeutete Einbußen an Leistung und an Lohn. Die Ständige Produktionsberatung, in der vor allem Arbeiter, aber auch Techniker und Ingenieure zusammensitzen, unterhielt sich mit den Arbeitern darüber — der Ärger der Kollegen wurde jetzt sozusagen zu einer Keimzelle für einen Vorschlag. Die Kollegen der Produktionsberatung halfen, diesen Vorschlag zu präzisieren und gaben ihn als Empfehlung an die Betriebsleitung weiter.

Der empfehlende Charakter dieser Maßnahme bedeutet nicht, daß es der Leitung des Betriebes erlaubt wäre, nicht zu reagieren. Er ergibt sich einfach daraus, daß die Produktionsberatung sich natürlich nicht an die Stelle der Betriebsleitung setzen und das Prinzip der Einzeileitung, ohne die nirgendwo eine geregelte Produktionsentwicklung möglich ist, beiseiteschieben kann. Daher erklärte auch der Bundesvorstand des FDGB in seinem erwähnten Beschluß: „Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen haben der Betriebsleiter und leitende Mitarbeiter des Betriebes auf Verlangen an den Sitzungen der Ständigen Produktionsberatungen teilzunehmen, über die Verwirklichung von Empfehlungen zu berichten bzw. zu begründen, warum sie nicht verwirklicht wurden.“

Im Grunde vollzieht sich in diesem demokratischen Prozeß gewissermaßen

eine Abklärung nach der Richtung: Welcher Vorschlag ist sofort machbar? Welcher ist von Nutzen, bedarf aber hinsichtlich der Machbarkeit bestimmter Voraussetzungen? Was ist auch auf lange Sicht nicht anwendbar? Natürlich öffnet sich damit auch ein breiter Raum für Meinungsverschiedenheiten, und vom Sachverstand und der Autorität der in der Produktionsberatung tätigen Kollegen hängt es wesentlich ab, daß jeder Vorschlag sorgfältig erörtert und angemessen entschieden wird.

Die Machbarkeit des Vorschlages in Plauen lag allerdings auf der Hand. Durch die Produktion von standardisierten Kleinteilen auf Lager wurden Bedingungen für einen wesentlich besseren Durchlauf erreicht. Die Arbeiter sind zufrieden und erhielten bestätigt, daß ihr Wort etwas gilt. Aus einem mehr oder weniger zunächst emotionalen Verhältnis zum Problem, das sich lediglich in Ärger entlud, wurde ein konstruktives, die Selbsttätigkeit anregendes und das Verständnis der eigenen Rolle im sozialistischen Betrieb förderndes Verhältnis, wie es dem Begriff der Machtausübung zugrunde gelegt werden muß.

Gerade wegen dieser Seite der Medaille, nicht nur des ökonomischen Effektes wegen, messen die Gewerkschaften der Rolle der Produktionsberatung so große Bedeutung bei. Im Gegensatz zu dem dargestellten Beispiel, das wir wählten, kommt die Masse der Vorschläge heute freilich von Arbeitern, die von vornherein mit einer bestimmten Absicht, mit selbstständig erarbeiteten, wenn auch natürlich nicht immer vollends ausgereiften Gedanken hervortreten. Sie, die Neuerer der Produktion, haben der Volkswirtschaft in jedem Jahr immensen Nutzen gebracht.

394 Neuerer des Plauener Werkes erwirtschafteten z. B. in den ersten neun Monaten 1971 einen Nutzen von 800 000 Mark. Die Gewerkschaften bemühen sich um die planmäßige Entwicklung dieser Bewegung, indem sie Neuerer und Ständige Produktionsberatungen auf die Schwerpunkte der betrieblichen Aufgaben orientieren, die besonderer Initiative bedürfen und das Gesamtergebnis nachhaltig beeinflussen. Dabei werden auch der Neubewegung konkrete, abrechenbare Ziele gesetzt. Wie sehr Arbeiterinitiative noch nach ihren Möglichkeiten hin unterschätzt wird, zeigt sich z. B. in Plauen daran, daß dem dort erreichten Ergebnis von 800 000 Mark ein im Plan erwartetes Ergebnis für das ganze Jahr von 480 000 Mark gegenüberzustellen ist. Mit 320 000 Mark war dieses Ziel schon im Oktober übertroffen!

Die Verbesserung der Arbeit der Produktionsberatungen drückt sich nicht nur darin aus, daß heute in vielen Betrieben über die Arbeitervorschläge eine viel strengere Kontrolle erfolgt;

sie zeigt sich auch darin, daß solche Vorschläge, deren Anwendungsmöglichkeit zunächst verneint wurde, wieder auf die Tagesordnung kamen und — wie sich in einer ganzen Reihe von Fällen zeigte — auch mit entsprechendem Nachdruck realisiert werden konnten.

Gerade weil es nicht selten auf den Nachdruck ankommt, weil bequeme Selbstlauftheorien auf diesem Gebiet großen Schaden anrichten, ist der FDGB daran interessiert, daß überall bewußte, energische Mitglieder, auch Frauen und Jugendliche, in die Produktionsberatungen gewählt werden. Dabei ist auch zu sehen — hier kann das entgegen der Bedeutung dieses Umstandes nur am Rande erwähnt werden —, daß die Produktionsberatungen auch die Vorschläge hinsichtlich der Arbeitsbedingungen in ihre Tätigkeit einzubeziehen haben.

Hans Georg Bloßies, Sekretär der Produktionsberatung im Plauener Werk, berichtet uns: „Manche wertvollen Neuerervorschläge konnten mit Hilfe der Produktionsberatung rascher verwirklicht werden, und an der Durchsetzung verschiedener sozialer Verbesserungen sowie einer guten Nachtschichtversorgung haben wir ebenfalls Anteil. Ständige Information aller Werktätigen über alle betrieblichen Probleme, regelmäßige Rechenschaftslegung der Leiter, Achtung vor den Vorschlägen und Hinweisen der Arbeiter, das sind Voraussetzungen, auf deren Boden sich die Demokratie im Betrieb erst voll entfalten kann.“

Claus Friedrich

Schädlicher Mehrkonsum

1970 wurden durchschnittlich von jedem DDR-Bürger 5,9 kg Fleisch und Fleischerzeugnisse, 28 Eier, 5,2 kg Zucker und Zuckererzeugnisse und 1,6 kg Butter mehr gegessen als 1966. Die fett- und kalorienreiche Nahrung bei meist abnehmender körperlicher Belastung im Beruf führt zu Gesundheitsproblemen. Zur Zeit wird ein Sortimentsmodell kalorienarmer Lebensmittel entwickelt, das von 1973 an schrittweise angeboten werden soll.

DDR: Familieneinkommen steigt

Erhebungen zur Entwicklung des sogenannten Familien- oder Haushaltseinkommens ergaben, daß in den vergangenen drei Jahren das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen eines Arbeiter- und Angestelltenhaushaltes von 899 auf 1031 Mark stieg. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen über 1200 Mark von 16 auf 30 Prozent zu.

Arbeitslosigkeit in Schweden

Die Arbeitslosigkeit in Schweden hat sich in den letzten Monaten in einem steigenden Tempo fortgesetzt. Bereits im Herbst erreichte die Arbeitslosigkeit im Zuge der Währungskrise mit über 120 000 den höchsten Stand seit Jahrzehnten. Dazu kommt, daß nach jüngsten Untersuchungen nur 43 Prozent aller arbeitsfähigen Bürger des Landes das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt waren. Nach den Berichten schwedischer Zeitungen waren Ende des Jahres 330 000 Schweden auf Arbeitssuche, während 790 000 verkürzt arbeiteten.

Gegen die wachsende Arbeitslosigkeit hat unlängst die Fraktion der Linkspartei-Kommunisten (VPK) in Anträgen vom Schwedischen Reichstag gefordert, entschiedene Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu beschließen. Der VPK-Vorsitzende Hermansson warf der sozialdemokratischen Regierung vor, die Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiter überwinden zu wollen. Er verwies darauf, daß in Schweden die Preise für Lebensmittel innerhalb der letzten acht Monate um fast 10 Prozent gestiegen sind.

5 Millionen Arbeitslose in USA

In den USA gibt es heute mehr als 5 Millionen Arbeitslose. Mehrere Konzerne in der Stahlindustrie entließen im vergangenen Jahr bis zu 55 Prozent ihrer Belegschaften. Das geht aus einem Bericht der „New York Times“ hervor. In dem Bericht wird weiter festgestellt, daß gegenwärtig über 25 Millionen Amerikaner unterhalb der Armutsgrenze leben müssen.

Finnische Metallarbeiter gegen EWG

Ein klares Nein zur EWG sprach der 11. Delegiertenkongreß des finnischen Metallarbeiterverbandes in Helsinki aus. Die 465 Delegierten aus den Metallfabriken, Schiffswerften, Reparaturwerkstätten und Bergwerken des Landes setzten sich für die Festigung der Solidarität in der internationalen Gewerkschaftsbewegung sowie für die Einberufung einer Konferenz der europäischen Gewerkschaftsorganisationen ein.

In einer Erklärung zur Wirtschaftspolitik heißt es u. a.: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß der für Finnland vorteilhafte Handel mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern durch den Import von Maschinen und Anlagen aus diesen Ländern sowie durch den Export wichtiger Produkte der Metallindustrie in die Sowjetunion und in die anderen sozialistischen Länder — wobei gleichzeitig die Beschäftigung in der Metallindustrie gesichert wird — gesteigert werden muß“.

Generalratstagung des WGB

Weltgewerkschaftsbund für Konferenz über Fragen der Sicherheit Bessere Koordinierung der Arbeit — Tagung in Berlin

In der Zeit vom 8. bis 13. Dezember 1971 tagten in Berlin, der Hauptstadt der DDR, das Büro und der Generalrat des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Sie sind die kollektiven Leitungsorgane der größten und einflussreichsten internationalen Arbeiterorganisation, die über 150 Millionen Gewerkschafter aus den verschiedensten Gebieten und allen Gesellschaftsordnungen der Welt vertritt.

Dem Büro des WGB gehören an: der Präsident Enrique Pastorino, Uruguay, die Vizepräsidenten Benoît Frachon, Frankreich, S.A. Dange, Indien, (der mit einem Blumengebilde und einem Trauerflor geschmückte Platz des von der Reaktion ermordeten afrikanischen Vizepräsidenten Shafie Ahmed el Sheikh, Sudan, blieb leer), der Generalsekretär Pierre Gensous, Frankreich, und weitere 23 führende Gewerkschafter aus sozialistischen, kapitalistischen sowie Entwicklungsländern aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Der Generalrat des WGB, der seine 21. Tagung durchführte, hat 66 ordentliche Mitglieder und 68 stellvertretende Mitglieder aus 55 Ländern und 11 internationalen Berufsvereinigungen. Zwei weitere Landesorganisationen (San Salvador und Laos) wurden in Berlin in die Reihen des WGB aufgenommen.

Im Mittelpunkt der fünftägigen Beratungen standen die Hauptprobleme der internationalen Gewerkschaftsbewegung in der Gegenwart. Während sich das Büro vor allem mit den Erfahrungen aus der Tätigkeit der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern beschäftigte, standen im Zentrum der Diskussion des Generalrates: „Aktuelle Aspekte der internationalen Gewerkschaftsbewegung und die sich daraus für den WGB ergebenden Aufgaben.“

Verlauf und Ergebnisse der intensiven Beratungen dokumentierten erneut das starke Streben der Werktätigen nach Herstellung der Einheit ihrer Massen- und Klassenorganisationen, der Weltgewerkschaftsbewegung. Sie widerspiegelten die progressiven Prozesse, die in der internationalen Arbeiterklasse vor sich gehen.

Nach der Information über die durchgeführte Paraphierung der Vereinbarungen über ein Transitabkommen zwischen den Regierungen der DDR und der BRD und der Vereinbarungen zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin hat der Generalrat einstimmig einer von der sowjetischen Delegation eingebrachten Grundsatzerklärung zugestimmt. In dieser wird von einem bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Entspannung, Zusammenarbeit und Sicherheit gesprochen und nachdrücklich die

völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen gefordert.

Die Tagungen des Büros und des Generalrats waren von einem wachsenden Interesse für die Tätigkeit der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern geprägt. Sie befaßten sich mit der Verstärkung ihrer Rolle und der Erhöhung ihres Ansehens bei der internationalen Arbeiterklasse. Zahlreiche Redner würdigten dabei auch den Beitrag der Werktätigen und Gewerkschaften der DDR im Kampf gegen den Imperialismus, für den Frieden und beim Aufbau des Sozialismus. Sie bescheinigten dem FDGB seine wichtige Rolle bei der Gestaltung eines neuen Lebens, bei der Festigung der Wirtschaftsmacht der DDR, bei der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen sowie als hervorragende Kampf- und Mobilisierung der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung in der Welt.

Der Generalrat vertrat die Ansicht, daß die entstandene Lage in Europa die Durchführung einer Staatenkonferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit erleichtert, und versicherte, daß der WGB auch weiterhin durch die Festigung der Einheit und Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit sowie zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR beitragen wird.

Konsultationen vorgeschlagen

Der Generalsekretär der französischen Einheitsgewerkschaft CGT, Georges Seguy, hat den westeuropäischen Gewerkschaftszentralen Gespräche vorgeschlagen, an der alle kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und Einheitsgewerkschaften teilnehmen sollen. Die Gewerkschaftsverbände Afrikas und des Nahen Ostens, aus deren Ländern Arbeitskräfte in Westeuropa tätig sind, ferner Vertreter jugoslawischer Gewerkschaften, sollen an dieser Veranstaltung als Beobachter teilnehmen.

Die Beratungen der WGB-Organen in Berlin wurden zu einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch über die erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaften in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern sowie die anwachsenden Aktionen der Werktätigen in der nichtsozialistischen Welt.

Der Generalrat beschäftigte sich eingehend mit der die kapitalistische Welt erschütternden Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Lage der Werktätigen, weil die Monopole und die in ihrem Dienst stehenden Regierungen versuchen, die Folgen und Lasten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. In Anbetracht dieser Lage rief der Generalrat des WGB zum geeinten Kampf der Arbeiterklasse für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die Verteidigung gewerkschaftlicher und demokratischer Freiheiten und für die Sicherung der Arbeitsplätze auf.

Der WGB wird künftig auch stärker der verleumderischen Hetzkampagne gegen die sozialistischen Länder und deren Gewerkschaften entgegenzutreten, die in den kapitalistischen Ländern mit dem Ziel geführt wird, die ständig wachsende Anziehungskraft der Ideen des Sozialismus unter den Werktätigen zu unterdrücken und die Gewerkschaftseinheit zu untergraben.

Die Diskussion des Generalrats, in der 54 Kollegen das Wort ergriffen, erbrachte eine allgemeine Übereinstimmung bezüglich der Grundgedanken, der in den verschiedenen Bereichen dargelegten Analyse und der sich daraus ergebenden Aufgaben und einzuschlagenden Richtungen. Die gefällten Beschlüsse haben die Aktionseinheit der Gewerkschaften verschiedener Orientierung auf der Basis des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus, für die Lebensrechte und Grundinteressen der Werktätigen zum Ziel. Unter anderem wurde eine Resolution über die Solidarität mit den Werktätigen und den Völkern Indochinas beschlossen.

In seiner Abschlusssitzung betonte der Präsident Enrique Pastorino, daß die Tagungen eine Reihe von Beschlüssen und Maßnahmen gefaßt und eingeleitet haben, die es ermöglichen werden, die Tätigkeit des WGB auf der internationalen Ebene besser abzustimmen, die einheitlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit in der Weltgewerkschaftsbewegung zu verbessern. Der WGB wird seine Solidarität für die Werktätigen und die Völker der Welt verstärken, die für ihre sozialen und wirtschaftlichen Forderungen, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus kämpfen.

Insgesamt haben die Beratungen der Leitungsorgane des WGB zur Stärkung der Weltgewerkschaftsbewegung und ihrer Aktionen für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt beigetragen.

Pet.

Eigenprodukte Karriere für das Kapital

Im vergangenen Jahr hat die NACHRICHTEN-Verlags-GmbH wieder eine Reihe populärer Taschenbücher, Dokumentationen und Sonderdrucke herausgebracht. Alle in dem Verlagskatalog aufgeführten Schriften haben bei den gewerkschaftspolitisch interessierten Lesern eine breite Zustimmung gefunden.

Das umfangreichste Taschenbuch ist ein Sammelband, der unter dem Titel „Gewerkschaften — Standort und Perspektive“ verlegt wurde. Dieses Buch enthält Beiträge von 20 Autoren, die sich mit der gewerkschaftspolitischen Situation in der Bundesrepublik kritisch auseinandersetzen und eine Analyse des politischen Standorts der Gewerkschaften in unserer spätkapitalistischen Gesellschaft vom Standpunkt des Marxismus erstellen.

Das weitgespannte Thema Arbeiterklasse, Mitbestimmung, Systemveränderung wird in dem Taschenbuch „Arbeitseminar '71“ behandelt. Das Taschenbuch enthält ein auf einem gewerkschaftspolitischen Seminar gehaltenes Referat des stellvertretenden Direktors des Institutes für Marxistische Studien und Forschungen, Dr. Heinz Böhm, sowie 20 Auszüge aus den wichtigsten Diskussionsbeiträgen.

Im Verlagsprogramm ist weiter eine Arbeit aufgeführt über „EWG-Monopole — gewerkschaftliche Gegenmacht“. Sie sich mit der supranationalen Konzentration innerhalb der EWG und der Politik der Gewerkschaften in Westeuropa beschäftigt.

Viel Interesse fand weiter der zweite Band „Mitbestimmung drüben“ von Gerd Siebert, in dem die überbetriebliche Arbeit der Gewerkschaften in der DDR dargestellt wird.

Als ein besonderer „Schlager“ erwies sich das Taschenbuch „Entschleierte Profite — Bilanzlesen leichtgemacht“, eine Anleitung für Arbeiter und Angestellte zur Ermittlung der Profite von Aktiengesellschaften nach den veröffentlichten Bilanzen. Mit diesem Taschenbuch wurde eine Lücke ausgefüllt, die besonders bei Betriebsratsmitgliedern und Vertretern in den Mitbestimmungsorganen offen war. Die lebhaft Aufnahme dieser Broschüre macht eine zweite Auflage notwendig.

In vierter Auflage erschien die Schrift „Marxismus leichtgemacht“, eine Zusammenfassung von leicht verständlichen Artikeln zur ökonomischen Lehre von Karl Marx, die vor einiger Zeit in der Monatszeitschrift NACHRICHTEN veröffentlicht worden sind. Die in vierter Auflage herausgekommene Schrift enthält einen Anhang mit politökonomischen Begriffserklärungen. —eg

Friedemann Schuster: Ein Kanzler-Kandidat des Großkapitals — Dregger. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1971, 83 Seiten.

In der vorliegenden Schrift werden über die Hintergründe des Aufstiegs und der Zielsetzungen dieses Repräsentanten des Monopolkapitals höchst interessante und aufschlußreiche Einzelheiten zur Kenntnis gebracht. „Dregger ist ein Name und ein Programm“, schreibt der Verfasser. „Dregger ist der Name eines früheren Provinzpolitikers und zugleich ein Programm jener Interessen des deutschen Großkapitals, die auf Aggressivität nach außen und uneingeschränkte Klassenherrschaft nach innen gerichtet sind.“

Genau diese offene Identifizierung Dreggers mit den reaktionärsten und aggressivsten Kreisen des Finanzkapitals läßt ihn gewissermaßen zu einer Symbolfigur für diese Kräfte werden. Wie politische Führungskräfte des Monopolkapitals ausgesucht, entwickelt und in bestimmten Situationen in den Vordergrund geschoben werden, macht die vorliegende Schrift an der Person Dreggers geradezu exemplarisch deutlich.

Der 1920 geborene A. Dregger hatte es im zweiten Weltkrieg zum Hauptmann gebracht. Für seine Karriere war das unter den gesellschaftlichen und politischen Nachkriegsverhältnissen in Westdeutschland bereits ein günstiges „Startkapital“.

Interessant ist nun, daß Dregger von einem ehemaligen Nazi und langjährigen Unternehmervertreter, dem CDU-Abgeordneten Gustav Stein, gefördert und lanciert wird. Sein Weg führt ihn über eine der entscheidenden Schaltzentralen des westdeutschen Monopolkapitals, über den „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI). Schließlich wird er Oberbürgermeister von Fulda und bald darauf Präsident des „Deutschen Städtetages“.

Dregger gefällt sich in der „Funktion eines Wachhundes“ gegenüber der heutigen politischen Entwicklung in der BRD. Er gehört zu den Vertretern einer harten Linie des Imperialismus in allen wesentlichen Fragen der Außen- und Innenpolitik. Er läßt nichts unversucht, die Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten und dabei natürlich besonders die abgeschlossenen Verträge von Moskau und Warschau zu verleumden. Zugleich will er, wie die Kreise um Strauß und Barzel, den Spielraum für demokratische Bestrebungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, insbesondere alle Tendenzen der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, massiv einschränken und eventuell auch direkt beseitigen.

Bemerkenswert ist nun, wie der Verfasser detailliert feststellt, daß Dregger von einflußreichen Kreisen des Finanzkapitals für würdig befunden wurde, bei einem für ihn arrangierten

Treffen im Haus des Frankfurter Bankiers Freiherr von Bethmann am 13. Oktober 1970 aufzutreten. Immerhin waren hier nicht nur einige mittlere und zweitrangige Vertreter der Monopole anwesend, sondern durchaus maßgebliche Führungskräfte der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, des Flick-Konzerns, der IG Farben und andere Großkonzerne, die vor allem eng mit der Rüstungsindustrie verflochten sind.

Das Auftreten Dreggers vor 115 Männern der Monopol- und Bankwelt und einigen ideologischen und publizistischen Spitzenvertretern der Großbourgeoisie erinnert an den Aufstieg Hitlers. Der Verfasser macht mit Nachdruck auf diese Parallele aufmerksam. Zwar warnt der Autor an einer Stelle vor einer zu vordergündigen Analogie zu Hitler, aber es ist doch nicht zu übersehen, daß einige der Überschriften und manchmal auch die Darstellung den Eindruck hervorrufen, als würden sich Entwicklungsweg und Methoden der extremen Reaktion einfach wiederholen.

Aber die Bedingungen haben sich gewandelt. Nicht zuletzt das veränderte Kräfteverhältnis in Europa zugunsten des Sozialismus zwingt das Finanzkapital der BRD zu laivieren, zwingt zur Anpassung und zu Manövern. Die Aufdeckung des Geheimtreffens Dreggers im Hause des Bankiers v. Bethmann durch die DKP führte, wie der Verfasser selbst nachwies, nicht nur zu empörten Reaktionen der Gewerkschaften und anderer demokratischer Kreise bis in die Mitgliedschaft der CDU hinein, sondern läßt die monopolkapitalistischen Hintermänner auch sehr empfindlich reagieren.

Bei aller Gefährlichkeit dieser ultra-reaktionären Kreise, vor deren Unterschätzung Schuster mit Nachdruck warnt, kann man seine Feststellung über die Aufhaltsamkeit des Aufstieges von Strauß und Dregger in jeder Hinsicht unterstreichen. Er schreibt: „Die Arbeiter und Angestellten, die Beamten, die Intellektuellen, die Schüler und Studenten, die Bauern und die Vertreter des Mittelstandes sind gemeinsam stärker als jene aggressiven Kreise der Hochfinanz und der Großindustrie, die hinter Dregger und Strauß stehen.“ Dr. K. D. H.

- 12. bis 21. März
Frühjahrmesse in Leipzig.
- 11. bis 14. April
4. Internationale Automationstagung der IG Metall in Oberhausen.
- 4. Mai
Eröffnung der Ruhrfestspiele.
- 7. bis 12. Mai
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Böblingen.
- 28. Mai bis 3. Juni
7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Westberlin.
- 25. Juni bis 1. Juli
9. ordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Westberlin.
- 26. bis 30. Juni
8. Bundeskongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR in Berlin.
- 13. und 14. Juli
XV. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock.
- 3. bis 10. September
Herbstmesse in Leipzig.
- 17. bis 23. September
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund.
- 24. bis 28. September
10. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Hannover.
- 24. bis 30. September
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Mainz.
- 1. bis 6. Oktober
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Dortmund.

Konzentrationsprozeß hält an

In der Bundesrepublik hat sich der Konzentrationsprozeß weiter fortgesetzt. Nach Angaben des Bundeskartellamtes kam es im vergangenen Jahr zu rund 200 Unternehmenszusammenschlüssen. Wie im Vorjahr entfielen von den Fusionen die meisten auf Banken und Kreditinstitute, und zwar waren es hier 53 Zusammenschlüsse. Den Banken folgt die chemische Industrie mit 29, der Maschinenbau mit 19 und die Elektroindustrie mit 16 Fusionen. 41 der Zusammenschlüsse waren sogenannte große Zusammenschlüsse, bei denen durch die Fusion das Unternehmen u. a. eine Bilanzsumme von mindestens 25 Millionen DM ausweist.

Die Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) hat den Haushaltsplan für das Jahr 1972 verabschiedet. Sein Gesamtumfang beträgt 24,3 Milliarden DM, und das bedeutet eine Steigerung um 18 Prozent gegenüber 1971. 84,9 Prozent der Ausgaben sind für Rentenleistungen, 7,5 Prozent für Krankenversicherung der Rentner und 4,2 Prozent für Gesundheitsmaßnahmen vorgesehen.

Der Sprecher der DGB-Fraktion, Eichhorn, begrüßte vor der Vertreterversammlung die Einführung der flexiblen Altersgrenze. Sie bedeute zwar eine erhebliche finanzielle Belastung für die Rentenversicherungsträger, aber,

so erklärte Eichhorn wörtlich, „die BfA ist keine Kapitalsammelstelle. Die Beiträge sollen vielmehr den Versicherten zugute kommen.“ Kritik wurde an der unzulänglichen Öffentlichkeitsarbeit geübt. Die BfA sei noch immer eine Unbekannte, obwohl gerade für sie eine größere Versicherten-nähe notwendig wäre.

Zahlen die USA ihre ILO-Schulden?

In Kreisen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hofft man, daß die USA in diesem Jahr wieder ihre Beitragszahlungen aufnehmen und ihre Schulden wenigstens zum Teil begleichen. Der Verwaltungsrat der ILO faßte noch keine Beschlüsse zur Lösung der Finanzkrise. Die USA schulden der Organisation rund 11,5 Millionen Dollar.

Zu guter Letzt:

Der Rausschmiß der NPD aus fast allen Landtagen hat zu der tiefen politischen Meinung geführt, der Neonazismus sei damit erledigt. Erst nach einer Aufstellung vom vergangenen Jahr verfügen die Neonazis noch über 537 Abgeordnetenplätze in den Kommunalparlamenten. An der Spitze liegen dabei Niedersachsen und Bayern.

PERSONALIEN

Dr. Werner Thönnessen, langjähriger Leiter der Pressestelle beim Vorstand der IG Metall, hat im Dezember 1971 seine neue Aufgabe als stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) in Genf übernommen. Thönnessen war Ende Oktober in diese Funktion gewählt worden. Auf der Sitzung des Beirats der IG Metall, dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, am 22. Dezember wurde Thönnessen verabschiedet. Dabei würdigte der IG-Metall-Vorsitzende, Otto Brenner, die Verdienste, die sich Dr. Thönnessen erworben habe. Brenner erklärte, daß die IG Metall Thönnessen für seine jahrelange Tätigkeit als Pressesprecher der Gewerkschaft großen Dank schulde. Er habe die ihm übertragenen Aufgaben stets mit gewerkschaftspolitischem Sachverstand und bemerkenswertem Erfolg wahrgenommen. Die Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall habe in den Jahren der Tätigkeit Thönnessens wachsende Bedeutung gefunden.

Werner Ziemann, früherer Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, ist im Dezember 1971 im Alter von 62 Jahren verstorben. Ziemann wurde 1949 Landesleiter der Gewerkschaft HBV für Niedersachsen und 1951 in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt. Zehn Jahre später, 1961, wurde er zum Vorsitzenden der Gewerkschaft gewählt. Diese Funktion gab er 1965 aus gesundheitlichen Gründen auf.

NACHRICHTEN-Beilagen

Dieser Ausgabe liegen der Sonderdruck „Neues Betriebsverfassungsgesetz — Hinweise und Anregungen“ und eine Bestellkarte für „Arbeiterseminar '71“ bei.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307;
Heinz Seeger, 789 Friedrichshafen, Erlenweg 3/4;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307; Telefon 55 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/Main; Postcheckkonto Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,50 DM; Jahresabonnement 17,— DM einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 8,50 DM.

Bei Nichterschelnung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plamback & Co., Neumünster

N
VG

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main